

Volksrecht

für Schlesiern

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Brückstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graunpfortstraße Nr. 5, durch die Zeitungsvertriebsstellen, Marktstraße 140, sowie durch alle Anzeigerträger zu beziehen. Postpreis (einschließlich) 1,20 Goldmark. Durch die Expedition monatlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verantwortlicher: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Nummer: Postfach-Nummer Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesiern 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungen und Beschuldigungen 6 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., bei jeder Seite 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Brückstraße 4/6) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Deutschnationale Katastrophenpolitik. Die französische Linkspresse für Entgegenkommen an Deutschland.

In den Kindermärchen, die unsere Nationalisten über die Politik des Auslandes zu verbreiten pflegen, kommt immer wieder die erbauliche Parabel vor, daß dort in der Außenpolitik als in einer nationalen Frage immer alles einig sei. Besonders während wichtiger Verhandlungen gehorche die ganze Presse der Regierung. Die ausländischen Vertreter internationaler Organisationsideen seien eben nicht so international wie ihre deutschen Freunde, denen es leider an nationaler Disziplin fehle. — Seitdem wir in Deutschland republikanische Regierungen haben, vergessen diese nationalistischen Märchenzähler die Lehre ihrer Kinderparabeln leider selbst immer gerade dann, wenn sie sie anwenden können. Die bevorstehende Einladung der deutschen Regierung nach London gibt dazu neuen Anlaß. Niemand in der deutschen Presse — von ein paar gleichgültigen kommunistischen Phrasen abgesehen — zeigt zur Zeit weniger „nationale Disziplin“ als die extremen Deutschnationalen und Völkischen. Einige Beispiele ihrer Tätigkeit zur Abschreckung der amerikanischen Anleihezeichner vom deutschen Markt haben wir bereits angeführt. Kein Tag vergeht, an dem dieser Unfug nicht neue Blüten treibt, deren Wurzeln internationale Verständigungslosigkeit und suchloser innerer Parteilichkeit sind.

Wie oppositionelle Kritik an der eigenen Regierung internationale Verhandlungen fördern kann, das lehrt gerade gegenwärtig die Haltung der französischen Linkspresse. Blätter wie „Le Nouveau Soir“ und „Paris Soir“ ermahnen Herriot energisch, nicht so viel Rücksichten auf die reaktionäre französische Sentimentalität zu nehmen. Innerlich, so sagen sie ihm, gingen seine Sympathien doch auch in der Richtung einer freien und christlichen Verständigung mit Deutschland. Er solle das jetzt deutlicher zeigen. Die öffentliche Meinung Frankreichs, die sich in der letzten Kammerwahl ausgesprochen habe und nicht in der überholten Zusammensetzung des Senats, sei bereit, ihm auf diesem Wege zu folgen. Auch die „Information“ warnt davor, die deutsche Regierung nur zur Entgegennahme eines Diktats einzuladen und findet in der Konferenz zu wenig Rücksichtnahme auf den Vorschlag der deutschen Sozialdemokratie, den Dawesplan durch Volkstimmung annehmen zu lassen. Solche Stimmen werden es Herriot erleichtern, bei den bevorstehenden Entscheidungen der Stimme der Vernunft zu folgen. Für die Senatsmehrheit, von der er nun einmal auch abhängt, bringt er in die formal-juristischen Verhandlungserfolge der ersten Tage nach Paris, die ihm Macdonald offenbar gern erleichtert hat, weil er erstens Herriots Stellung stärken will und zweitens vorher mußte, daß diese Formeln unter dem Druck der amerikanischen Geldgeber auch von rechtsprechenden Franzosen wieder aufgegeben werden würden. Der bisherige Verlauf der Konferenz hat dieser klugen Taktik recht gegeben und die Kritik der französischen Linkspresse ist offenbar die Einleitung zur Einigung über endgültige Beschlüsse, die auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und auf die deutschen Schwierigkeiten noch weitergehende Rücksicht nehmen.

Ausgeschlossen erscheint es freilich, daß irgend ein noch so vernünftiger Beschluß unsere Deutschnationalen befriedigen wird, deren Agitation eine verständige Einigung nicht erleichtern, sondern erschweren will. Das zeigt z. B. ein sachlich inhaltsloser aber in Schimpfworten ausschweifender Erguß des alten U-Boot-Sekers Tirpitz, der den ganzen Dawesplan als Bankierintrige verwirft. Dabei sind die Bankiers aus Angst um ihr Anleihegeld in diesen Verhandlungen doch gerade am rücksichtslosesten gegen die deutsche Wirtschaft! Der Erguß von Tirpitz erscheint in der amerikanischen Presse, wo er als die bisher übliche Adjuration vor der Zeichnung deutscher Anleihen wirken muß.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat gleichgültig „Bedingungen“ für ihre Zustimmung zum Dawesplan veröffentlicht, hält das ganze also wohl doch nicht für Teilenswert. Aber ihre „Bedingungen“ sind, soweit sie nicht Selbstverständlichkeiten enthalten, die bereits im Plan selbst und den Londoner Beschlüssen stehen, reinen Agitationsteuerwert. Wird

doch z. B. der feierliche Widerruf des Schuldartikels im Versailler Vertrage durch die deutsche Regierung zur Bedingung der Zustimmung gemacht. Kein deutschnationaler Diplomat wird sich darüber täuschen, daß die Ausführung dieser Forderung praktisch für die Zahlungs- und Räumungsfragen wertlos, aber für die Aufrechterhaltung aller deutschsindlichen Stimmungen das geradezu beste Mittel wäre. „Verhandelt“ würde dann nicht mehr!

Solche Bedingungen sind offenbar nur ein Vorwand, hinter dem sich die Deutschnationalen vor der Verantwortung drücken wollen. Das bestätigt auch ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der eine Art Kommentar zu den deutschnationalen Bedingungen darstellt und erläuternd verlangt, die Reparationskommission sei ganz aus dem Dawes-Plan auszuschneiden. Die ganzen Londoner Verhandlungen hatten den Hauptzweck, die Reparationskommission durch Zuziehung eines Amerikaners und Einschaltung eines Kontrollorgans für die Ausführung des Dawes-Plans umzugestalten. Die bisherige französisch-belgische Stellung in der Kommission hat sich völlig dadurch geändert, daß jetzt Franzosen und Belgier überstimmt werden können. Das alles ist den Deutschnationalen gleichgültig. Aus parteipolitischen Rücksichtungen wollten sie nicht mit unterzeichnen.

Das bedeutet neue innenpolitische Kämpfe in Deutschland, ehe die Verständigung und der Auslandskredit gesichert sind. Es bedeutet Kreditverzögerung. Es bedeutet wachsendes Mißtrauen des Auslandes und entsprechende Beeinflussung aller „Sicherungs“-Verhandlungen in London. Das deutsche Volk erntet damit die Folgen der Tatsache, daß die Rechtsparteien mit den Kommunisten zusammen durch die Reichstagswahl in die Lage verwickelt worden sind, immer wieder vernünftige Politik zu sabotieren. Die Deutschnationalen und ihre Verbündeten werden erst mit dem Stimmzettel zusammengeschauen werden müssen, ehe wir außenpolitische Entspannung bekommen. — m.

Um die von den Bankiers geforderte Abänderung.

Paris, 24. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Nach dem „Daily Telegraph“ hatten die Bankiers mit großem Nachdruck an ihrer am Dienstag gestellten Garantieforderung fest. Eine neue Kompromißformel ist am Mittwoch wiederum von dem belgischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen worden, doch ist darüber bisher in den offiziellen Aussprachen eine Einigung nicht erzielt worden. Angesichts dieser Schwierigkeiten nimmt man an, daß die Konferenz kaum vor dem 3. oder 4. August zu Ende gehen wird.

Die „Wostische Zeitung“ meldet aus New York, daß die amerikanische Regierung sich unter Anwendung ihres ganzen Einflusses für den belgischen Kompromißvorschlag, nach dem die fünf Mitglieder des Dawes-Komitees eine Verfehlung Deutschlands feststellen haben, einsetzt. Die europäischen Regierungen sind davon benachrichtigt worden, daß die Delegation der Vereinigten Staaten zurückgezogen werden würde, wenn die in London getroffenen Vereinbarungen für die Zeichner unbefriedigend sein würden. Präsident Coolidge steht in unmittelbarer Verbindung mit London.

Die Einladung an Deutschland wird genau formuliert.

Das Organ des Reichsaußenministers Stresemann, „Die Zeit“, beschriebte sich am Mittwoch mit der Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz. Das Blatt schreibt u. a.:

Der Erfolg der Konferenz wird davon abhängen, ob man den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in dieser wie in den anderen Streitfragen Rechnung trägt. In den Hauptfragen dieser Art gehört auch die Zulassung Deutschlands zu den Verhandlungen der Konferenz. Wir hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, wenn die Rechte der Gegenseite nicht eine Verkürzung, innerhalb ihres Kreises herbeizuführen wollen. Unersichtlich bleibt aber im Hinblick darauf immer die Berücksichtigung mit Deutschland auf der Grundlage von Verhandlungen, die uns die Vertretung unserer Wünsche ermöglichen. Die Frage der Zulassung Deutschlands ist an sich entschieden zu sein. Wie wir hören, ist die Ein-

ladung für den Anfang nächster Woche in Aussicht genommen worden. Sie wird am Donnerstagabend überreicht werden. Es ergibt sich aber noch keine volle Klarheit darüber, in welcher Form die Teilnahme Deutschlands an den Londoner Verhandlungen geplant ist.

London, 24. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Das juristische Komitee, das die Einladung Deutschlands prüfen soll, besteht aus dem französischen Rechtschöpfungsrat Promagot und dem englischen Juristen Cecil Hurst. Seine Einsetzung erfolgte auf Vorschlag Herriots. Die Aufgabe des Komitees ist, in einem etwaigen Einladungsschreiben an Deutschland das Thema der Verhandlungen genau zu umschreiben und zu vermeiden, daß von deutscher Seite Fragen angeschnitten werden, deren Behandlung erst in einem späteren Termin erfolgen soll.

So schnell wie möglich sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- a) Sibt die Anwendung des Dawes-Berichtes zu Fragen Anlaß, die den Abschluß eines Abkommens mit Deutschland notwendig machen?
- b) Wenn das Vorhandensein beratiger Fragen bejaht wird, wie kann dieses Abkommen am besten herbeigeführt werden, ohne die Bestimmungen des Vertrages von Versailles zu verletzen?

Die gestrige Vollziehung der Konferenz.

London, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch nachmittag abgehaltene einstündige Vollziehung der Londoner Konferenz wurde von Macdonald geleitet. Das offizielle Kommuniqué über den Verhandlungsverlauf besagt, Macdonald habe einleitend kurz darauf hingewiesen, daß diesmal auch die Vertreter der englischen Dominions einschließlich Indiens anwesend seien, die als Mitglieder der anglo-indischen Delegation gelten. Die Konferenz bestimme ein juristisches Komitee, das feststellen soll, welche Einwirkungen mit Deutschland zu regeln sind, um das Sachverständigen-Gutachten ins Werk zu setzen, und wie zu verfahren ist, damit nicht der Versailler Vertrag verletzt wird. Bezüglich des bereits veröffentlichten Berichtes des ersten Ausschusses, der sich mit der Frage etwaiger deutscher Verfehlungen zu beschäftigen hat, ist beschlossen worden, zu ihm erst Stellung zu nehmen, wenn der zweite und dritte Ausschuh ihre Arbeiten beendet haben. Der englische Kolonialminister Thomas, als Vorsitzender des zweiten Ausschusses, sagte, daß die Arbeit dieses Ausschusses noch fortgesetzt werde. Der Bericht des dritten Ausschusses wurde von Sir Robert Bambergen vorgelegt. Er handelt von der Verteilung der deutschen Zahlungen an die Macht und schlägt vor, jedem einzelnen alliierten Staate zu überlassen, welche Organisation die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Aufnahme und die Auswahl deutscher Steuerungen prüfen soll. Die Organisationen der einzelnen Länder sollen mit der Reparationskommission über ihre Forderungen und Wünsche in dauerndem Gedankenaustausch bleiben. Die Konferenz beschloß, den dritten Ausschuh noch drei weitere Fragen bezüglich der Durchführung des Sachverständigenplanes prüfen zu lassen. Diese Fragen sind:

- 1. Wie ist von Deutschland die Sicherheit zu erlangen, daß es nach besten Kräften die Durchführung der Reparationslieferungen auf kommerzieller Basis erleichtert?
- 2. Die Frage zu prüfen, ob die Reparationskommission ein ähnliches Komitee berufen soll, wie es das Sachverständigen-Komitee war, um mit Deutschland über ein Abkommen zur Vereinfachung der Durchführung der Sachlieferungen zu verhandeln.
- 3. Festzustellen, welcher Instanz die Schlichtung von Differenzen zwischen der deutschen Regierung und dem Komitee für die Umwandlung deutscher Zahlungen in Devisen überwiesen werden soll.

Der Bericht des ersten Ausschusses mußte zurückgestellt werden, weil die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Banken und den Finanzfachverständigen der Konferenz noch nicht abgeschlossen sind. Da der Bericht dieses Ausschusses von der Arbeit der übrigen Ausschüsse abhängig ist, wird seine Beratschlagung durch die Vollkonferenz erst möglich sein, wenn die anderen Ausschüsse ihre Aufgabe vollkommen gelöst haben.

Verfassungstag ist schulfrei!

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Wie in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahre der Verfassungstag durch eine Feier in sämtlichen Schulen begangen werden.

Im Anschluß an den Beschluß des preussischen Staatsministeriums hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angedeutet, daß in einer würdigen Feier auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend hingewiesen wird. Unterricht findet an diesem Tage nicht statt. Am 21. August in die Ferien fällt, ist der Beginn der Ferien, wo das nicht mehr möglich ist, bei Wiederbeginn des Unterrichtes eine entsprechende Feier zu veranstalten.

Was spricht zur Jahresfeier in Paris. Am 31. Juli wird in „L'Espresso“ in Paris eine große internationale Versammlung am 31. Juli 1924 anlässlich des hundertjährigen Jubiläums französischer Revolution, haben die Herren Paul Lohéac, ein französischer Abgeordneter, und die Herren Paul Lohéac, ein französischer Abgeordneter, die Einladung angenommen.

Die Hungerrente vor dem Reichstag

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg zur anständigen Versorgung der Sozialrentner.

Es gelangen zur gemeinsamen Beratung viele Anträge verschiedener Parteien, die sich mit der Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosenfürsorge sowie mit der Kürzung der Beiträge für die Invalidenversicherung beschäftigen. Der Ausschuss beantragte folgende Forderungen des § 128 der Reichsversicherungsordnung: Der Reichszuschuss beträgt jährlich 48 Goldmark für jede Invaliden-, Witwen- und Witwenrente und 24 Goldmark für jede Waisenrente. Diese Forderung soll mit dem 1. August in Kraft treten.

Nach einem weiteren Auswahlantrag sollen in der Unfallversicherung an die Stellen der alter erwerbenden Rentenrenten treten die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechenden. Der Zuschuss der Unfallversicherung wird auf mehr als die Hälfte erhöht, soll vom 1. Juli 1924 ab eine Sonderzulage von 10 Goldmark monatlich erhalten. — Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge beantragte der Ausschuss, die Rentenerhöhung bei Renten und Zulagenrenten von 40 auf 50 Prozent festzusetzen. Die Renten der Kriegsteilnehmer vor 1910 und früher sollen von 50 auf 75 Prozent monatlich erhöht werden. Daneben werden zahlreiche Verbesserungen in den einzelnen Zweigen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beantragt. Die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge sollen nach einem weiteren Auswahlantrag in der Hauptunterstützung um 20 bis 25 Prozent, die Kammerzuschüsse um 50 Prozent erhöht werden. Für Jugendliche soll die Kürzung ein Jahr früher als bisher, ab dem 17. Lebensjahr eintreten. Weiter wird die Aufhebung der Sperrzeiträume zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen verlangt. Schließlich ersucht der Ausschuss die Reichsregierung in einem Antrag, umgehend Vorarbeiten über Verfahren, Bekleidungs- und Ausbildungsstellen zu schaffen und auf die Kürzung der Altersgrenze der Renten nach dem Sinn und Zweck der bisherigen reichsrechtlichen Regelung durchzuführen.

Abg. Hanz (Dmit.) verlangt eine Umgestaltung des Systems der Sozialversicherung.

Abg. Hanz (Soz.):

Die Beschlüsse des Ausschusses werden bei den Reichstagen angelehnt. Enttäuschung hervorzurufen. Danach bestimmt ein Zusatzbezug monatlich 15 Mark und die Zulage von monatlich 10 Mark. Die Zulage von 10 Mark. Dabei liegt es in der ersten Sitzung von der Reichstagen, daß die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen dürfe. Der Sinn dieser Sozialpolitik ist nur der Schutz der Reichen. Man sagt, die Industrie sei durch die sozialpolitischen Fehler nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Diese Vorkämpfer machen aber nur einen ganz geringen Bruchteil der übrigen Faktoren aus, die für die Konkurrenzfähigkeit maßgebend sind. Die Parteien haben sich im Ausschuss damit begnügt, als der Minister erklärte, daß die 50 Millionen für die Verdoppelung der Familienunterstützung nicht aufzubringen seien, und sie haben es bei der Erhöhung von 50 Prozent befallen. Wir haben im Ausschuss die Erhöhung der Familienunterstützung von 20 auf 40 Prozent beantragt; das wurde abgelehnt. Wir beantragen jetzt die Erhöhung auf 80 Prozent, um die Mittel zu beschaffen. An anderen Stellen kann gespart werden, zum Beispiel beim Reichsbeitrag durch Beschränkung sozialpolitischer Leistungen. (Zustimmung rechts.) Das ist gegebenenfalls auch früher im Frieden zu geschehen. (Widerspruch rechts. Auf rechts: Sie wollen nur Nachschärfen!) Darüber sprechen wir uns noch, Herr Müller! Hier schlagen wir eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen vor, wodurch der Mittelstand nicht belastet werden würde. Deutschland sollte sich schämen, wenn es für seine Sozialversicherung nicht genug tun kann. Das Volk hat großes Interesse an den vergangenen schweren Zeiten. Wir sind uns wohl bewußt, daß auch unsere Anträge nicht genügen, aber wir haben ja im Ausschuss nicht einmal die 50 Markrente durchzuführen können, die wir mindestens beantragt hatten. So lange wir nicht eine sozialistische Mehrheit hier und im Volk haben, können wir keine sozialistische Gesetze machen. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die Macht gehabt!) Wir haben weder in der Nationalversammlung noch im Reichstag die Mehrheit gehabt. Ihre (zu den National-Sozialisten) Anträge haben Unsinn bei uns gemacht, aber für die Deckungslücke nichts übrig gelassen. Der Vorkämpfer hat schärfere Worte gegen die Inflation gefunden. Wer hat die Inflation verschuldet? (Stürmische Rufe bei den National-Sozialisten.) Wer hat die ungeheuren Inflationsgewinne eingeholt? (Rufe bei den National-Sozialisten: Die Juden!) Die Großkapitalisten, jüdische und nichtjüdische, haben die Inflation begünstigt, gefördert und profitiert, nicht aber die deutsche Arbeiterschaft, die vielmehr ausgeplündert und vollends an den Beistand gebracht wurde. Unsere Abhilfeversuche wurden niedergeschmetzt. Die Industrie war die Teilhaberin dieses Raubzuges; sie hat in jeder Beziehung verfaßt. Großkapital und Industrie haben sich gleichmäßig am deutschen

Volk veründigt! Und der Herr Reichsfinanzminister? Er hat sich zwar für die Erhöhung der Gehälter seiner hohen Beamten, aber nicht für die Arbeiterarbeit! Und für die Erleichterung ihrer Zahl interessiert! Amittelbar nach dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes benutzten Großkapital und Industrie die günstige Gelegenheit, den Versuch zu machen, der Arbeiterarbeit die letzten Reste der Sozialleistung, der Sozialfürsorge zu rauben und ihre letzte Widerstandskraft gegen die kapitalistische Ausbeutung zu brechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Bruns

Nicht zahnmäßig nachzuweisen, daß die in den verschiedenen Anträgen verlangte Erhöhung der Leistungen in der Sozialversicherung in der gelebten Höhe für das Reich. Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht tragbar sei. Wenn man die fehlenden Mittel durch neue Steuern aufbringen will, so verläßt man damit den Boden der Versicherung und geht über zur öffentlichen Fürsorge. Das wäre aber besonders bedenklich, weil dann auch die Bedürftigkeit der Rentenempfänger geprüft werden müßte. Wenn das führt, sagt sich schon die Art, in der die Ministerregierung von den Ländern und Gemeinden durchgeführt wird. Die Reichsregierung wird nunmehr für die Ausführung der Kürzungen Grundzüge aufstellen, die sie vorher dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorlegen wird. Eine Verdoppelung der Invalidenrenten ist unmöglich. In der Sache der Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung die Vorschläge des Ausschusses folgen. Wenn die Länderkonferenz zu einem für uns halbwegs tragfähigen Ergebnis kommt, dann ist zu hoffen, daß uns die wirtschaftliche Stimmung auch sozialpolitische Fortschritte ermöglichen wird.

Reichsfinanzminister Dr. Lütke

führt die Zahlen aus dem Etat an, mit denen er zeigen will, daß Deutschland heute für die Sozialpolitik mindestens ebenso große Mittel aufbringen wie in der Vorkriegszeit (24). Wer jetzt eine weitere Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen fordert, der legt das Reich der Gefahr aus, daß sich die fürchterliche Inflation des Vorkrieges wiederholt, unter der die Arbeiterarbeit am meisten gelitten hat. Wenn das Reich jetzt 5 Millionen für sozialpolitische Zwecke aus dem Haushalt verwenden, so tut es damit alles, was möglich ist. Aus den zu erwartenden Ausgaben werden weitere 60 Millionen vermindert, 40 Millionen aus der Umlage und 20 Millionen aus der Kammerentlastung. In Besprechungen des Arbeitsministers mit den Landesregierungen über die Erwerbslosenfürsorge haben die Länder sich zwar für eine Erhöhung des Familienzuschusses bis 40 Prozent ausgesprochen. Sie werden hoffentlich auch die vom Ausschuss geforderten 50 Prozent bewilligen können, aber da ist die Grenze. Eine Steigerung der Steuern ist leider in großem Umfange nötig geworden; aber eine generelle Steigerung einer bestimmten Steuer müssen wir ablehnen. Wir gehen mit brutalem Steuern vor, aber wir müssen das halt machen, wo die Vermehrung wirtschaftlicher Existenz droht. Die Erhebung neuer Steuern würde in diesem Moment kaum möglich sein. Die Familiensteuer für Aufwandszwecke vertritt keine wesentliche Vermehrung unserer Einnahmen und sie würde überdies auf die Gesellschaften abgewälzt werden. Es wäre ein fürchterliches Schicksal, wenn gerade jetzt, wo eine außenpolitische Konsolidierung zu erwarten ist, die deutsche Währung wieder erschüttert würde.

Abg. Maslowski (Komm.) bezeichnet die von den übrigen Parteien getriebene Sozialpolitik als reine Heuchelei. Am meisten werde vom Zentrum geschwätzt.

Abg. Gerig (Zentrum) weist die Angriffe des Abg. Maslowski gegen die Arbeiter zurück. Die künftige Lage der Invalidenversicherung laßt sich nicht durch die sozialdemokratischen Steuerentwürfe bessern.

Abg. Noldebauer (Dt. Volk) weist auf die Notlage der Arbeiter hin, die zu gewissen Grenzen in der Sozialpolitik liegen. Die Abschaffung dieser Zulage sei keine Schutzmaßnahme für das Großkapital.

Abg. Stöbe (National) erklärt den Verdacht, der Kommunisten für gerechtfertigt, daß die deutsche Nationalversammlung mit Hilfe der großen politischen Parteien die sozialistischen Anträge ablehnen wollten. Man brauche nur die Haltung der großen Konservativen zu denken. Wenn aber die Kommunisten ihren eigenen die sozialen Forderungen den Nationalen vor, so liegt eben darin das Tragische unseres gegenwärtigen Geschehens.

Am 5. Juli wird Beratung auf Donnerstag vorgeschlagen. Die Abgeordneten Rotten (Komm.), von Gräbe (National) und Schatz (Zentrum) verlangen Fortsetzung der Beratung. Da die Abstimmlung zweifelhaft ist, erfolgt Samstagsberatung. Die Mittelparteien und die Sozialdemokraten führen dabei durch die Nichtteilnahme der Reichsminister des Hauses Reich. Reichspräsident Sell vertritt darauf die Weiterberatung auf Donnerstag.

Die Schutzölle kommen den Agrariern nicht schnell genug!

Christliche und Hirsch-Dücker-Arbeiter gegen die Zollpolitik des Zentrums und der Demokraten. — Ein Vorschlag von Professor Bonn.

Die auf Antrag Brunsens erfolgte Zurückstellung der Schutzöllovorlage im Reichstag hat die Agrarier schwer gekränkt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schimpft deshalb auf den Preussischen Landwirtschaftsminister und seinen Staatssekretär, die pflichtvergessen genau sich ausgerichtet jetzt, in einem Augenblick auf den Urlaub begeben hätten, „in dem die Verhandlung der so allgemein wichtigen Zollvorlage parlamentarisch durch die Vorlage beim Reichswirtschaftsrat und beim Reichstag aufhöhte aktuell geworden ist.“ Sie wünschen, daß die Stimme der Arbeiterschaft die Regierung zur Zurückhaltung veranlassen könnte.

Auf der für Freitag abend angesetzten großen Arbeiterversammlung der demokratischen Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat wird, wie wir erfahren, neben der Frage des Schutzölle auch ein Wort über die Schutzölle gesagt werden. In den Reihen der demokratischen Gewerkschaften erklärt man ganz offen, daß die demokratischen Arbeiter sich nicht irremachen lassen, wenn sich auch der demokratische preussische Landwirtschaftsminister für den Schutzölle ausgesprochen habe. Bei den christlichen Arbeitern wächst ebenfalls der Protest gegen die Agrarölle. Das Berliner Bezirkskartell der Christlichen Gewerkschaften stellt 2. Juli, daß in der Arbeiterschaft nur wenig phosphanische Voraussetzungen vorhanden seien, um durch zollpolitische Maßnahmen der Landwirtschaft ohne weiteres zu helfen. „Solange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um durch Kredithilfe, Steuererleichterungen und Frachtermäßigungen zu helfen, vor allem aber auch durch geeignete Maßnahmen der Preispanne vom Erzeuger zum Verbraucher und die ungeheure Verdrängung des Handels und Gewerbes im großen der Landwirtschaft und Verbraucher einzuschränken, ist eine Diskussion über die Einführung eines Zölles unangebracht.“

Die Agrarier aber wollen gar nicht die Auswirkung dieser Hilfsmittel. So wurde auf der am Dienstag im Reichswirtschaftsministerium stattgefundenen Besprechung zwischen dem Ministerium und den Vertretern der Wirtschaft von der Landwirtschaft so gut wie gar nichts für die Arbeiter mitegeteilt. Die Agrarier wollen nicht erst die Auswirkung solcher Hilfsmittel abwarten. Aus diesem Grunde wird auch ein Vorschlag von Professor Bonn, eine Enquete-Kommission über die Schutzölfrage zu schaffen, wenigstens das Reichsministerium für Landwirtschaft, nennigleich das Reichsministerium für den Vorschlag von Professor Bonn nicht von vornherein ablehnt.

Der bayrische Landwirtschaftsminister Prof. Nech hat bereits angekündigt, daß die Schutzöllovorlage in Aussicht genommen ist, mindestens noch vor der Ernte, unter Dach und Fach kommen müsse. Deshalb wird mit Hochdruck auch die Mühsal der Agrarier zu beiraten. Am Donnerstag findet die entscheidende gemeinsame Beratung des wirtschaftspolitischen und landwirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates statt und am Freitag kommt es im Reichstag zur Behandlung der Vorlage. Zunächst wird die Frage entschieden werden, ob die Weiterführung der Agrarölle auf dem Wege der Verwaltung, wie die Regierung es will, oder auf dem des Parlamentes erfolgen soll, da das Ermächtigungsgesetz vom 3. August 1923 außer Kraft getreten ist.

Bötsche Heldenjünglinge schießen auf waffenlose Arbeiter.

Schrotkugelperkussionen von Männern und Frauen.

Schwerin, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei einem Volksfest, das am Sonntag in Grevensmühl stattfand, überfielen in den frühen Abendstunden bötsche Heldenjünglinge in Uniform jugendliche Arbeiter mit Gummihandeln. Als die Arbeiter verhaftet zurückkehrten, erotmeten die Bötschen aus einem Cafe ein rotes Feuer. Etwas 40 Schüsse wurden nicht nur aus dem Lokal, sondern auch aus den Privaträumen des Cafebesitzers blindlings in die Menge abgegeben. Die Polizei verhielt sich zunächst völlig passiv und tat nichts zur Ergreifung der Revolverhelden. Es gelang jedoch, einen neunzehnjährigen unorganisierten Schiffsjäger, der im Besitze einer Waffe war, der Polizei zu übergeben. Anschließend auf telephonischen Anruf erschienen gegen 12 Uhr nachts auf Lastautomobilen Koffbahnen von einem benachbarten Gute, mit deren Unterstützung die Schießerei in den Straßen abermals begann. Der Arbeiter Schoof wurde durch einen Brust- und Armwunde und zehn Schrotkugeln im Rücken schwer verletzt; leichter verletzt wurde eine Frau durch eine Wunde im Bein, ein junger Mann durch Brustschuß und zwei Männer durch Schrotkugeln. Die Arbeiter haben nicht geschossen. Am Montag weiste die Staatsanwaltschaft in Grevensmühl und nahm im Laufe des Tages mehrere Verhaftungen vor.

Albert Reintings Höhenflug.

Roman von Emil Feiden.

9) (Nachdruck verboten.)
„Ich habe ihr auseinander, warum ich fortwollte. In allem, was ich sagte, schüttelte sie nur den Kopf. „Sören Sie auf mich.“ „Sie gehören in die Stadt.“ „Oder treiben Sie etwas anderes?“ „Sind Sie etwa verlobt?“ „Sie lücheln und neulich, mit sich in die Augen zu schauen.“
„Nein,“ antwortete ich, „ich bin nicht verlobt.“
„Dann — dann ist es gut!“ Es klang wie erleichtert. „Verzeihen Sie mir, daß diese Sache nochmals genau zu überlegen; mein Vater wird auch noch mit Ihnen sprechen; folgen Sie meinem Rats, verzeihen Sie es mir.“ Sie streckte mir die Hand hin.
„Doch ich folgen werde? Das kann ich nicht versprechen. Aber daß ich es mit genau überlegen werde, das ja!“ Ich schlug in ihre Hand ein, in die kleine, seine Mädchenhand, die meine mit feinem Druck umfaßte.
Wir waren bei den anderen angelangt. Man hatte unter Fernsein wohl bemerkt. Ehemalige praxelten darauf auf uns nieder wie Hagelkörner im Gewitter. Jemgard erstarrte und lächelte mir zu. Herr Ritter schämte sich. ...
Ich glaube beinahe, ich hätte nicht mit dem jungen Mädchen allein um Pavilion gehen lassen. ...
30. Juni.
„Nein, es steht tatsächlich im Schreiben des Konfessionsrats: Auf dringendes Schreiben des Kirchenvorstandes von Hohenhofen hin seien „umständehalber“ — ein wunderbares Wort! — die Prediger teilweise umgelogt worden; ich hätte am Sonntag, den 21. Juli, zu sprechen.“
Es ist Grezes Geburtstag. Sie hat also ihren Willen durchgesetzt! Mit welchen Rufen? Das mögen die Götter wissen! Am Sonntag vorher wird Häufig predigen. ...
Warum hat die Menschen so aufregen, daß ich noch haben wollen? Ich war bei Ritters eingeladen, man war außerordentlich lieblich zu mir. Auch Gräfin Jemgard, die meine Tante war. Ein feingebildetes, angenehmes Mädchen. ...
Ich mich wiederum sehr gut mit ihr unterhalten. Dann nahm mich Herr Ritter bei Seite und befragte mich, nicht nach ihrem

„grauenhaften Neffe“ zu gehen, es sei schade um mich; ich hätte andere Sorgen zu erfüllen als auf dem Dorf, fern von allem geistigen Leben zu verweilen. Das noch ohne Frau.
Ich versprach ihm, alles nochmals genau zu überlegen. Zunächst will ich aber die Prediger fallen, das verflucht mich ich zu nichts. Ich will nur nach Hohenhofen nochmals gehen und sprechen. Vielleicht verdrängen dann der Mann, der auf mir liegt und mich mit aller Kraft noch Hohenhofen zieht. Vielleicht.
4. Juli.
Mein Vorkämpfer benimmt sich von Tag zu Tag unfreundlicher zu mir. Er weiß nur noch über meine Bekleidungen, meine Studien, über Hohenhofen — kurz über alles und jedes zu sprechen. Seine Frau, die nach vor kurzem die Lebenswürdigkeit selber war, sieht mich kaum noch, wenn sie mir begegnet. Und Gräfin Jemgard, die älteste Tochter, kreiert ihr spätes Mädchen noch um einige Grade näher an die Senkrechte in die Luft, wenn sie mich sieht. Was mögen sie gegen mich haben?
Heute wachte der Präsident des Konfessionsrats, Dr. Wills, wieder meiner Predigt bei. Nachher kam er mit dem Vorkämpfer, Herrn Ritter, in die Sakristei, und beide sprachen mir ihre Anerkennung aus. Der Präsident räumte vor allem, daß ich „meine freien Gedanken“ laut- und pietätvoll mit den alten verbunden und so für Allgäubige und Freie lebendig gemacht habe. Dann lud er mich auf morgen abend zu sich ein. „Ganz gemütlich!“ Auch Herr Ritter mit Frau und Tochter hat er zu Gait, schließlich auch meinen Vorkämpfer, der dienend und vor Ehrfürst stotternd die Einladung annahm. Kaum jedoch waren der Präsident und Herr Ritter verabschiedet, da warf er mit giftigen Bemerkungen nur so um sich. Dieser Präsident! Wie konnte er nur so oft zu einem Hilfsprädiger in die Kirche kommen! Er drümmte etwas von „unreifen Ansichten“ und „radikalen Wrasen, die sogar noch alten Leuten imponierten, bei denen man etwas Vernunft vermuten sollte.“
Wah! welche Zorn, aber trotzdem bin auf nichts eingegangen. Dennächst werde ich ihn fragen, was er gegen mich hat?
6. Juli.
Es war wieder sehr, sehr schön beim Präsidenten. Er war die Lebenswürdigkeit selbst. Seine Gattin — mit ihrem weißen Haar um das noch wie in zarterer Jugend frische Gesicht, ist sie mir das Bild der ersten Matrone — in eine der feinsten Frauen, die ich kenne. So viel Zart und Freundschaft und Milde

des Urteils, so viel Verständnis und Fähigkeit, sich einzufühlen — ach, wenn ich doch auch so wäre, nein, nur einmal so werden könnte!
In meiner großen Freude war Gräfin Jemgard wieder meine Tischgastin. Ich verhielt sich anders als ich zu besprechen, aber herzlichlich kam sie her zu Hohenhofen zurück und rief schließlich den Präsidenten zu Hilfe. Dr. Wills lüchelte lebenswürdig, erklärte aber, keinerlei Beeinflussung ausüben zu dürfen. Herr Ritter dagegen sprach wieder auf mich ein und wies vor allem auf das Festen einer Frau hin, ohne die ein gebildeter Mensch es in einem solchen Heim nicht aushalten könnte. Mein Vorkämpfer zeigte dazu und meinte schließlich, wer denn eigentlich genau weiß, daß ich nicht verlobt sei? Bei den jungen Theologen habe man „Erempel von Beispielen“ auf diesem Gebiet, habe! Lachen schaute alles auf mich, Jemgard ließ ihr Taschentuch zur Erde fallen, ich erstarrte verlegen und beugte mich nieder, um es aufzuheben, unsere Köpfe schlugen dröhnend zusammen, denn auch sie hatte sich gebückt — es war eine recht ungemütliche Lage. Und während mir uns beide unsere schmerzenden Schädel rieben, erklärte ich, daß ich nicht einsehen könnte, warum ich, falls ich verlobt wäre, ein Geheimnis daraus machen sollte. Es machte wohl etwas ärgerlich klingendes haben. In der Tat hatte mich die bötsche Art Dr. Luthers ebenfalls verletzt, wie das Höhenfliegen, mit dem er meine Antwort kritisierte. Da griff Frau Präsident ein, wies meinen Vorkämpfer sehr freundlich, aber trotzdem deutlich zurück und erklärte, daß sie es wohl verzeihen könnte, wenn ich einige Jahre der Stille zur Bereifung meiner Kenntnisse und zu meiner Verinnerlichung begehrte.
Man wurde Jemgard ganz still. Als wir beide später vor einem Gemälde standen und unsere Gedanken darüber austauschten, trat Dr. Lütke zu uns: „Sie müssen sich nun tatsächlich eine Frau suchen, mein lieber Reinting“, sagte er mit stiller Freundlichkeit, die immer eine Besheit in sich birgt, wie der Frieden den bitteren Kern. „Ob ich freilich ein gebildetes Mädchen finden wird, das sich mit Ihnen in ein weltabgelagertes Nest lebendig begeben läßt, das ist eine andere Frage!“
Es war eine Falle für Jemgard. Ich merkte es sofort. Schnell wollte ich antworten, doch sie, die Dr. Luthers hoshaften Sinn nicht kennt, kam mir zuvor und rief mit glühenden Wangen: „Ein richtiges Mädchen, das einen Mann liebt, geht überall und um hin. Gerade ein gebildetes Mädchen wird es tun!“ (Fortsetzung folgt.)

Die Liquidation der Innenpolitik Poincarés.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Die Liquidation der Politik des bloe national stellt von Tag zu Tag mehr als eine Aufgabe heraus, die größere Geduld erfordert, als es die Optimisten bisher erhofft hatten. Innenpolitisch hat sich das Ministerium Herriot bis jetzt nur auf einige Seiten beschränken müssen, die zwar nicht ohne Bedeutung sind, aber immerhin die Grundprobleme nicht berühren.

Zunächst hat der Antrag der Regierung, die Überführung von Jean Jaurès nach dem Plantheon vorzunehmen, insbesondere die Begründung, in der Jaurès als einer der größten Geister und der vorbildlichsten Friedensfreunde gefeiert wird, im Lager der Reaktion Entrüstung hervorgerufen. Im Herriot-Blätterwald wurde ein starker Unwille entfacht, als der Unterrichtsminister die Abschaffung der sogenannten Erlasse von Berard ankündigte. In Zukunft soll der lateinische Unterricht wieder zur Basis der höheren Schulbildung gemacht werden, während die moderne sechste Klasse verschwinden soll. Auch die Verteidigung der Amnestie in der Kammer und das Drängen der Regierung, den größten Teil der von den Kriegsgeschiedenen Verurteilten zu begnadigen, veranlaßte die Nationalisten zu wilden demagogischen Angriffen gegen Herriot. Schließlich rief die Erklärung des Arbeitsministers in Genf, der den Abschlußvertrag mit unantastbarem Charakter der Arbeitslosigkeit der Arbeiter feierte, im Lager der Großindustriellen, die unter der Herrschaft des bloe national den Abbau des Achtstundentages vorbereiten durften, starke Proteste hervor.

Erfst in den kommenden Sessionen wird der eigentliche Kampf um die Verwirklichung der hauptsächlichsten Punkte des Wahlprogramms der Linken beginnen, und zwar, wenn es sich darum handeln wird, das Steuerrecht in neue Bahnen zu lenken und dem Budget christliche Grundlagen zu geben, als es zum Schluß des bloe national-Regimes, zum Beispiel unter Herrn de Lasteyrie (der übrigens völlig von der politischen Bildfläche verschwunden ist) der Fall war.

Die Klippen, auf die Herriot innenpolitisch stoßen wird, sind weder weniger gefährlich noch weniger zahlreich als diejenigen auf dem außenpolitischen Gebiet. Zwei der gefährlichsten hängen mit dem großen Problem des Merkantilismus zusammen. Seit der Durchführung der Trennung von Kirche und Staat vor zwanzig Jahren schien dieses Problem endgültig erledigt. Als eine Folge des Krieges und der Rolle, die sich der politisch aktive katholische Klerus wieder zu erringen wußte, nicht zuletzt aber auch infolge der Rückkehr des Giffay an Frankreich und der provisorischen Aufrechterhaltung des Konkordats in den drei Ost-Departements gibt es heute wieder eine kirchliche Frage in Frankreich. Unter dem bloe national wurden zwar die weltlichen Gesetze als „unantastbare Pfeiler der dritten Republik“ proklamiert — sowohl von Clemenceau als von Millerand und von Poincaré — aber bei offizieller Aufrechterhaltung aller Gesetze fand eine langsame Durchdringung des offiziellen Geistes mit Merkantilisten Auffassungen statt, und da sich in Frankreich stärker als sonst in irgend einem anderen Land Merkantilismus und reaktionärer Chauvinismus decken, haben die Republikaner der Linken darin eine der gefährlichsten Bedrohungen der Republik. Das allein erklärt die Heftigkeit, mit der von radikal-sozialistischer Seite gegen die Wiederherstellung einer französischen Botschaft am Vatikan angekämpft wurde und wird. Die politisch-diplomatischen Vorteile, die eine solche Vertretung Frankreichs am Vatikan haben kann, sind allen klar, wenn man auch über deren wirkliche Bedeutung sehr verschiedener Meinung ist. Schwerer wiegt in den Augen des größten Teiles der Linken die Tatsache, daß die Wiederherstellung der Botschaft am Vatikan wie das Symbol eines Wiederaufstiegs des

Merkantilismus wirkte und bei allen Feinden der weltlichen Gesetzgebung den Willen zum Kampf stärkte.

Die Liquidation dieses merkantilen Geistes wird eine der schwersten Aufgaben sein, vor der sich die neue Kammermehrheit und ihre Regierung gestellt sehen. Au dem konkreten Problem der Einführung der weltlichen Gesetze im Elsass und in Lothringen werden sich die Kräfte in fast entscheidender Weise messen können. Der effiziente Merkantilismus hat die „Generalmobilisation“ — einen Ausbruch, den man jeden Tag in der effizienten merkantil-nationalistischen Presse findet — proklamiert zum Kampf gegen die Weltlichkeit, vor allem gegen die weltliche Schule. Leute, die im letzten Wahlkampf nicht vor der wildesten chauvinistischen Deutlichkeit zurücktraten, greifen jetzt, angeblich zur „Verteidigung der Religion“, auf die „frühere deutsche Toleranz in religiösen Sachen“ zurück.

Da man in Paris den Anschein vermeiden will, als soll gegen den Willen der Elässer und Lothringer gehandelt werden, ist die Entzündungs-Kampagne der effizienten Merkantilisten nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Für Herriot bildet die Einführung der in den übrigen 86 Departements Frankreichs bestehenden weltlichen Gesetzgebung im Elsass eine der schwierigsten Fragen. Im Senat besteht die ganze Vertretung des Elsass und Lothringens aus Leuten, die zum bloe national gehören; nur ein einziger der effizienten Senatoren, General Tausiell, hat es gewagt, sich gegen den Terror des Merkantilismus aufzulehnen. Im Herbst wird die Frage wohl auf, da man annehmen darf, daß dann die von der Regierung angekündigten Projekte in der Kammer eingebracht werden.

Die Reaktion, die nicht mehr viel Hoffnung hat, Herriot im Stacheldraht der auswärtigen Fragen zu fangen, wird alles daran setzen, um ihm innerpolitische Fallen so zahlreich wie möglich zu legen. Da ihre böse Absicht aber gar zu offen ist, dürfte sich der Ministerpräsident, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, dagegen zu schützen wissen. Die Linksmehrheit wird nicht von ihm verlangen, daß er rascher handle, als es die Konstellation im Senat und in der Kammer klug erscheinen läßt. Wäre am 11. Mai nicht durch die kommunistische Liste verhindert worden, daß dem bloe national noch etwa weitere 50 Sitze abgenommen wurden, so wäre die Linksmehrheit wesentlich stärker und die Liquidation der bloe national-Politik würde nicht so viel tastende Vorsicht erfordern, als es jetzt der Fall ist.

Aleine Auslands-Nachrichten.

Starke Einwanderung in Frankreich. Eine amtliche Statistik des französischen Arbeitsministeriums besagt, daß der Zustrom fremder Arbeitskräfte nach Frankreich ungewöhnlichen Umfang annimmt. Die Einwanderung soll seit einiger Zeit durchschnittlich 6000 Köpfe betragen. In der vergangenen Woche sind von den Grenzkontrollstellen nicht weniger als 5351 Einreisegenehmigungen ausgestellt worden, davon 4606 für Industriearbeiter und 745 für landwirtschaftliche Arbeiter. Das Hauptkontingent zur Auswanderung stellt Italien mit 1840, für die Landwirtschaft Belgien mit 167. Trotz dieses gewaltigen Zustroms, der sich auf etwa 20 000 Köpfe im Monat beläuft, soll die Nachfrage nach Arbeitskräften noch erheblich größer sein als das Angebot, besonders in der Landwirtschaft.

Norwegischer Regierungswandel wegen der Alkoholfrage. Die norwegische zweite Kammer folgte Mittwoch dem Beschluß der ersten Kammer und lehnte die von der Regierung geplante Aufhebung des Alkoholverbotes mit 20 gegen 16 Stimmen ab. Die Rechtsregierung ist auf Grund dieses Abstimmungsresultates sofort zurückgetreten. Die Nachfolgerschaft übernehmen die Linken, die Linkenliberalen. Die norwegischen Arbeiterparteien haben diesem Widerstandskomitee mit äußerster Zurückhaltung gegenüber, zumal sie annehmen, daß die neue Regierung der sozial-revolutionären Kurs des zurückgetretenen Regierungskabinetts folgen wird.

Ein Vierteljahrhundert Sozialdemokratie in Finnland. Dieser Tage beging die Sozialdemokratie Finnlands ihr 25jähriges Jubiläum, in dem sie nicht das offizielle Äußere einer Sozialdemokratischen Partei in Finnland als Einheitsprogramm annimmt, sondern eine Verharmlosung von Revisionen der finnlandischen Arbeiter im Juli 1899 in Abo, die zum ersten Mal ein

sozialistisches Programm niederlegten. Das seitende Parteiprogramm erklärt, die Zeit der Verbannung für die Partei habe nun in eine Periode schaffender Arbeit am Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens überzugehen.

Die polnische Industrie-Krise tritt augenblicklich scharf in der Bildnis in Erscheinung. Mehrere Textilfabriken in der Umgebung von Warschau, die bisher Militäraufträge hatten, werden schließen müssen, falls diese Bestellungen nicht erneuert werden. Die Exportausfichten sind wegen der italienischen und tschechoslowakischen Konkurrenz gering, zumal die früheren, namentlich die russischen Märkte, zurzeit ausgeschaltet sind. Infolge der Geldknappheit sehen sich die Fabriken dauernd zu bedeutenden Reduktionen der Preise gezwungen. Die Arbeiter werden teilweise in Waren entlohnt. Für Pommern-Oberbesien hat das Arbeitsministerium 1 750 000 Floty zur Verfügung gestellt, die zur Entspannung der Lage aber nicht ausreichen. Die Arbeitslosigkeit stellen aus ihrem Budget Kredite zur Verfügung, um Straßen, Wege und kleinere Arbeitshäuser von den Arbeitslosen bauen zu lassen.

Die internationale Untersuchung der polnischen Soldatnisse. Im Zusammenhang mit dem im Mai d. J. von einer Reichs-französischer Politiker veröffentlichten Aufruf über den „weißen Terror“ in Polen und insbesondere über die Mißhandlung politischer Gefangener, hat die polnische Rote Kreuz als internationale Komitee des Roter Kreuzes in Genf um die Untersuchung eines Delegierten nach Polen ersucht. Die von Polen erbetene Untersuchung wird zurzeit von dem Delegierten des Roter Komitees Brunel vorgenommen und hat zunächst in Warschau, nach Meldungen der polnischen Presse, für Polen günstige Ergebnisse erbracht.

Vitauens Einfuhr kommt überwiegend aus Deutschland. Der Gesamtumfang des litauischen Außenhandels in den ersten vier Monaten dieses Jahres erreichte 153 377 500 Lit., davon entfielen auf den Export 80 337 900 Lit und auf den Import 73 039 600 Lit. Auf die einzelnen Staaten verteilt sich die Ausfuhr folgendermaßen:

Amerika für 2 083 960 Lit (2,91 Prozent), Belgien 459 200 Lit (0,37 Prozent), Dänemark 1 030 199 Lit (0,71 Prozent), Tschechoslowakei 7 131 600 Lit (4,65 Prozent), Groß-Britannien 10 450 300 Lit (6,81 Prozent), Holland 1 298 400 Lit (0,84 Prozent), Frankreich 1 800 200 Lit (1,17 Prozent), Schweden 81 800 Lit (0,05 Prozent), Deutschland 32 041 500 Lit (20,92 Prozent), Lettland 11 478 900 Lit (7,52 Prozent) und andere Länder 3 120 190 Lit (2,03 Prozent).

Die Einfuhr verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Amerika 2 783 500 Lit (3,81 Prozent), Belgien 505 500 Lit (0,33 Prozent), Dänemark 376 500 Lit (0,25 Prozent), Tschechoslowakei 3 023 000 Lit (1,97 Prozent), Groß-Britannien 4 625 800 Lit (3,04 Prozent), Holland 2 338 100 Lit (1,52 Prozent), Frankreich 483 200 Lit (0,32 Prozent), Schweden 2 241 500 Lit (1,46 Prozent), Deutschland 47 235 400 Lit (30,78 Prozent), Lettland 2 226 600 Lit (1,45 Prozent) und andere Länder 7 029 900 Lit (4,57 Prozent).

Keine bulgarischen Ursachen. Die durch die Presse ergangenen Meldungen über kommunistische und Bauernunruhen in Bulgarien entsprechen, nach amtlicher Versicherung, keinen Grundlagen.

Die ungarischen Reaktionäre veröhnen sich miteinander. Wie Budapestener Blätter melden, ordnete der Reichserzherzog Stephan für die an dem Königspalast im Oktober 1921 Beteiligten, darunter Graf Andrássy, Dr. Graf, Rakowsky, Beniczky und Major Ofsenburg, Strafmassnahmen an.

Aus Brasilien wird gemeldet, daß revolutionäre Kämpfe um Sao Paulo mit aller Festigkeit fortgesetzt werden. Bis jetzt sollen bereits 3000 Zivilpersonen getötet worden sein. Die Regierungstruppen machen größte Anstrengungen, die Stadt Sao Paulo den Revolutionären wieder zu entreißen.

Ein politisches Attentat in Persien. Aus Teheran wird gemeldet, daß dort wegen Ermordung des amerikanischen Konsuls bereits 200 Personen verhaftet worden sind. (Die amerikafreundliche Stimmung wird in Persien und ganz Asien vor allem von den Bolschewisten genährt. Red.)

Eine Gesandtschaft beim Völkerbund. Die brasilianische Regierung hat beim Völkerbund eine ständige Vertretung mit dem Range einer Gesandtschaft geschaffen. Da die offiziellen Vertretungen der anderen Länder beim Völkerbund keinen diplomatischen Charakter tragen, wird mit dieser Entsendung eines Gesandten ein bedeutungsvoller Präzedenzfall geschaffen, der in den Reihen des Völkerbundes mit lebhafter Genugtuung verzeichnet wird.

Die Kommission des Völkerbundes zum Schutze des geistigen Eigentums hat einen Entwurf ausgearbeitet, der einen besseren Schutz derjenigen Gelehrten vorzöht, deren wissenschaftliche Entdeckungen zu gewinnreichen Unternehmungen in der Industrie geführt haben.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus aller Welt.

Wieviel Häuser gibt es in Deutschland?

25 Millionen Deutsche wohnen in Städten mit über 20 000 Einwohnern, 26 Millionen in kleineren Ortschaften. Da man auf dem Lande und in den kleinen Städten vornehmlich die einschichtigen Wohnbauten vorfindet, ist die Vervielfachung eines Hauses dieser Gattung auf etwa 9 Köpfe durchschnittlich einzuschätzen; in den Städten kommen durchschnittlich auf ein Haus 14 Bewohner. In Städten mit über 20 000 Einwohnern haben wir rund 1 800 000 Häuser, in kleineren Städten und auf dem Lande etwa 4 000 000. Für das ganze Reich ist also eine Zahl von 5 800 000 anzunehmen. Die Zahl ist viel zu gering, was ein Blick in die Städte zeigt, wo Tausende in möblierten Zimmern, Manjardens und Kellern ihr Dasein fristen.

Gefängnis für Frauenraub.

Die früher bei den Bergbewohnern des Kaukasus übliche Form der Brautwerbung durch gewaltsamen Raub des betreffenden Mädchens ist in Grusinen durch den Sowjet für abgeschafft erklärt und verboten worden. Jeder Frauenraub soll mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft werden.

Der vorichtige Sparrer.

Ein sehr vorichtiger Mann in Wien, der schon einige Jahre vor dem Kriege an der Zukunft der österreichischen Krone zweifelte, konnte sich rühmen, der einzige zu sein, der sein erpartes Geld ohne Verluste zurück erhielt. Vom Jahre 1900 an vertraute Johann Petric der Sparkasse von Wien mehrmals Geld an und verlangte jedesmal, daß der Beamte neben der eingezahlten Summe den Vermerk anbrachte, daß die Summe in Goldkronen eingezahlt wurde. 1921, als er das Geld zurückziehen wollte, bot man ihm Papiergeld an, dessen Annahme er verweigerte. Er zog vor, gegen die Sparkasse einen Prozeß anzuknüpfen. Vor Gericht erklärte er, daß er in Kenntnis der Finanzkatastrophen, die den Kriegsjahren 1848, 1866, 1870 und dem Wiener Belagerungskrieg von 1879 folgten, darauf Wert legte, den Wiener Sparkassen ein Guthaben zu hinterlassen, das in Gold getilgt werden würde. Der Direktor erklärte jedoch, daß, wenn er „Geld“ auf der Sparbuch schrieb, es damit sagen wollte, daß die Kasse in Gold

gezahlt hätte, wenn sie es gehabt hätte. Das Gericht hat jedoch entschieden, daß die Sparkasse verpflichtet ist, in Gold zu zahlen, da ein spezieller Vermerk vorzulegen war. Dehauerlicherweise kann der Vorrichtige die Früchte seiner Weisheit nicht mehr genießen, da er inzwischen verstorben ist.

Die SPD. wählt „Fisch-Royal“.

Das Wendenblatt der „Roten Fahne“, die „Welt am Abend“, instruiert ihre kommunistischen Leser täglich, auf welche Pferde sie bei den französischen Wahlen setzen sollen, zu sehen hat. Das sind ansehnend nach ihren Begriffen die wichtigsten Sorgen deutscher Proletarier. Gestern abend gab sie „Tipp“ für Saint Cloud:

1. Fascinante II hat es nur mit Darr Tiger zu tun.
2. Rein Er wählt er Fisch Royal muß mit seinen vier Gegnern Rahe und Maus spielen.
3. Perie d'Or verdient Vertrauen, doch muß sie sich gegen Marauskan strecken.
4. Bervenciertes hatte zuletzt ein denkbar ungünstiges Rennen, sie wird sich gegen Chahut halten.
5. Diastorde ist Klasse für sich.
6. Madelon steht nach Rechnung klar zum Siege.

Versteht sich bei der „effernen Disziplin“ der SPD., daß jeder Kommunist nun auf Fisch Royal, den Erwählten der SPD., zu tippen hat. Auf der anderen Seite des Biettes steht eine Politik: Verhungert — in hilflosem Zustand aufgefunden — Tod — Todesursache: Unterernährung. Gleichzeitig erscheint die „Rote Fahne“ zum Kenn-Tippen ...

Eine Pfändung bei Max Reinhardt.

Auf Schloß Leopoldsdorf bei Salzburg, das Max Reinhardt gehört, fand dieser Tage die Pfändung mehrerer wertvoller Bilder für rückständige Beiträge für seine von ihm getrennt lebende Gattin, die Schauspielerin Else Helms, im Betrage von 12 000 österr. Kronen statt. Der Preßburger Gerichtshof hatte vor einigen Monaten Reinhardt dazu verurteilt, Frau Helms bis zur endgültigen Regelung der Scheidungsfrage einen monatlichen Unterhaltungsbeitrag von 500 Kronen zu bezahlen. Da Reinhardt dieser Verpflichtung bisher nicht nach-

gekommen ist und auch Mahnungen unberücksichtigt gelassen hat, erwirkte der Rechtsanwalt der Künstlerin Pfändung.

280 Waldbrände in Nordamerika.

Die riesigen Waldbrände an der pazifischen Küste dehnen sich immer weiter aus. Von Mexiko bis Kanada haben mehrere tausend Mann Feuerlösch bei Tag und Nacht ihr heftigsten Kampf gegen das nordringende Flammenmeer. Die Bevölkerung reißt sich durch alle Mächte. Der bisher aufgestandene Materialschaden ist gewaltig. Waldungen, Hecker und Farmhäuser sind ein Raub der Flammen geworden. Besonders groß ist der Schaden in den Naturchutzparks der Staaten Washington und Kalifornien. Sämtliche pazifischen und Rocky-Mountain-Staaten mit Ausnahme von Nevada, Arizona und Utah, sind betroffen. Die Zahl der Verletzte an Menschenleben steht noch nicht fest; von Einwohnern verschiedener Orte fehlt jede Nachricht. In vielen Fällen haben sich Flüchtlinge mit schweren Brandwunden gemeldet. Mehrere Einwohner von Douthor in British-Kolumbia sind durch die Flammen erblindet. Der Nordwestwind schwächt die Rettungsarbeiten ungeheuer. Nach amtlicher Feststellung ist von den bisher gemeldeten 280 Waldbränden die Mehrzahl auf Blitzschlag oder Selbstentzündung infolge der großen Hitze zurückzuführen.

Gold auf dem Meeresboden.

Während man die bei Scapa Flow versenkte deutsche Flotte zu heben befreit ist und allerlei für diese Befähigung Wissenschaftliches dabei lernt, sucht man auch der materiellen Werte, die durch die tiefen Unterseeboote verlost wurden, wieder habhaft zu werden. Im Januar 1917 wurde der „White-Star“-Dampfer „Laurentic“ an der Küste von Island versenkt. Die „Laurentic“ hatte 3211 Goldbarren an Bord, als sie unterging. Jeder Barren hat einen Wert von etwa 30 000 Goldmark. Man hat in dieser Saison schon 115 Barren herausgeholt, und im ganzen bleiben nur 39 Stück auf dem Meeresboden. Die Arbeit wird jedoch immer schwieriger. Die Stahlfammer, in der das Gold aufbewahrt war, ist schon längst in Stücke gegangen und der Inhalt hat sich zerstreut. Als die Taucher ihre diesjährige Arbeit begannen, fanden sie einige Tausend Panzerplatten des Schiffes über dem Gold, was das Gold tiefer und diese Platten mühten sich entzerrt werden. Die weitere Arbeit ist nach dem Gold gemacht werden können.

Am 21. Juli, früh 4 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Mitbewohner, der Schmied
Herr Paul Scholz
 Ein dauerndes Andenken bewahren ihm
 Die Wirtin und die Mieter
 des Hauses Pöpelwitzstraße 13.
 Beerdigung: Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Am Dienstag, den 22. Juli, früh 4 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der Schreiner
Paul Scholz
 im Alter von 45 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Unterstützungskasse der Schmiede der Litzke-Hofmann-Lauschhammer Werke (Abt. III) Hammerschmiede.
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Verhmd der Deutschen Buchdrucker
 Am 22. Juli verschied nach langem schweren Leiden unser wertiges Mitglied, der Streifen-Druckereibesitzer
Karl Steidel
 im Alter von 53 Jahren.
 Wir werden dem Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
 Beerdigung: Sonnabend, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Gräbchen.

Begräbniskasse G.-W. 6.
 Unser Mitglied
Herr Oskar Dober
 ist am 23. Juli gestorben.
 Ehre seinem Andenken!
 Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Halle II in Oswitz.

Danksagung!
 Außerstande jedem einzelnen zu danken, sprechen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Mitbewohnern des Hauses Ofenerstraße 32, dem Herrn Pastor Moering für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Sozialdemokratischen Verein und dem Distrikt 27 für die herrlichen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank aus.
 Breslau, den 24. Juli 1924
Emma Bensch und Tochter
 nebst Enkelkinder.

Warnung!
 Der Annoncen-Expeditoren
Paul Kahla
 ist weder unter Angehörten noch berechtigt, Gelder für uns einzusammeln. Er ist nicht berechtigt, Anzeigen zu übernehmen.
 Expedition der „Breslauer Zeitung“
 Breslau bei Breslau.

Kopfhörer aus Heeresbeständen, garant. funktionierend, auch als Lautsprecher verwendbar. 3.80 Mk. Voreinsendung, Nachnahme 0.50 Mk. mehr. **F. Schrenk**, Schöneberg-Berlin, Münchener Straße 30 D, Post-scheck-Konto, Berlin 36220.

Tropalma!!!
 Die aus unserem 1. Preiswettbewerb zu verteilenden Gratispromen werden, da bei der herrschenden Hitze eine separate Zusendung nicht möglich ist, ab Freitag von allen Tropalma führenden Geschäften zur Verteilung gebracht.
Bekanntmachung!
 Unser jetzt laufendes Preiswettbewerb, dessen Bedingungen in allen einschlägigen Geschäften eingesehen werden können, wird bis zum 31. Juli d. J. verlängert.
Deutsche Speisefett-A.-G., Schweidnitz
 Alleinvertreter:
E. H. Obst, Breslau 23, Georgenstraße 14.
 Fernsprecher R. 9644.

Achtung! Kauer!
 Die Berliner, Sachsen, Rheinländer, Hamburger, Bayern, Westfalen, Hannoveraner, Ostpreußen, die von der Wasserkante und die Seeleute
Alle, Alle sagen Euch:
Grimm & Triefel ist der feinste Krutabak!
 Zu haben in den Zigarrengeschäften.
 Jede Rolle enthält einen Zettel mit Firma.
Neueinführung:
Grimm & Triefel lose. Qualität und Preis wie Rollen, aber doppelte Menge.
Fabriklager:
 Gustav Wittig, Breslau 9, Fürstenstraße 2
 Telephon: Ohle 742
Engrosverkaufsstellen:
 Giebel & Jandke, Breslau, Neue Taschenstraße 32
 Max Schirduan, Breslau, Nikolaistraße 22

Schlesisches Landesorchester
 Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Südpark-Konzert
 Symph. h-moll Schubert. Leitung: W. Munder

Gebirgsbaude
 Sportausstellung Scheitnig.
 Täglich:
Konzert
 der Baudenkapelle.
 Dienstag und Donnerstag:
Bauden-Ball

Nähmaschinen,
 Nähmaschinen, Teilschulung, Georg Grottel, nur Sommer 201, Vorbehalt, auch Volkswacht, Modernes Antiquariat, Breslau 3, N. Graupenstr. 5

Frauen
 gebildet bei unregelmäßiger Ernährung meine über 20 Jahre betriebl. nicht schädlich. Vergrößerung, zarter Spüßkräuter, Glases u. alle kosm. Frauenartikel fällig.
 7104
St. O. Daumann, Breslau I, Schloßer Straße 14, 5, 11.

Ausstellung
 1. Juli
Turmsport und Wandern
 Breslau
 Geöffnet täglich von 10 Uhr vorm. bis 8 Uhr abend.
 Eintrittspreis 0.50 Mk., Kinder bis 14 Jahre die Hälfte.

Reinheit und Feinheit
 verbürgen
Stieblers Patentkaffe
 Nr. 6 Karlsbader Mischung I. 1/2 kg 3.80
 Nr. 8 Elite-Mischung 1/2 kg 4.—
 Nr. 9 Rammul-Mischung 1/2 kg 4.20
 Billigere, aber auch gute Mischungen:
 Nr. 2 3 4 5
 1/2 kg 2.40 2.80 3.— 3.40

Neu eingetroffen:
 „Spanetti“ Dessert-Schokolade
 die 100 gr. Tafel 0.28 Pf., 2 Tafeln à 100 gr 0.55 Pf.
 Hochschokolade 1/2 kg 0.90
 Kakao „Minari“ 1/2 kg 0.70
 Pralinen, keine Creme-Füllungen 1/2 kg 1.—
 Vollmilch, holländische, gesüßert 1/2 kg 0.48
 Vollmilch, amerikanische, ungesüßert 1/2 kg 0.48

Detter's Edel-Marmelade
 „Erdbeer“, neue Ernte
 Glas 1/2 kg 1.30
 Cimer 1 2 3 5 12 1/2 kg 2.50 5.80 11.— 26.50
 Pfaffenmuss, Thüringer 1 kg-Cimer 0.65
 Bienenhonig, garantiert rein 1/2 kg-Glas 1.50
 Himbeerjelly, fein aromatisch 1/2 Pfalche 1.40
 Zitronen-Limonaden-Sirup 1/2 Pfalche 1.80
 Zitronen-Moß 1/2 Pfalche 1.40
 Eigt Emmentaler Käse 1/2 kg 2.30
 Schweizer Käse, arom. geschl. 1/2 kg 1.80
 Edamer Käse 1/2 kg 0.90
 Romadour-Käse 1/2 kg 0.40
 Holsteiner Salami- und Zervelatwurst 1/2 kg 1.60
 Preßwurst, gute Qualität 1/2 kg 1.—
 Kräuter-Seringe 1/2 kg 0.10
 Neue Kartoffeln 1 kg 0.15
 Tomaten, italienische 1/2 kg 0.25

Fette - Oel
 Rindenspeck, fett, geräuchert 1/2 kg 0.75
 Schweinefett, durchwachsen, geräuchert 1/2 kg 0.65
 Rinderrindertalg 1/2 kg 0.55
 Rindertalg 1/2 kg 0.48
 Rofosfett, weiß die Tafel 1/2 kg 0.60

Qualitätsmargarine „Rheinperle“
 ist bei den teuren Butterpreisen für jede invarjante Hausfrau unentbehrlich
 1/2 kg 0.90
 Dänische Molkerei-Butter 1/2 kg 2.40
 Salatöl, 1/2 kg-Gläse 1.00, 1 kg-Gläse 1.80
 Riviera-Ölivenöl, Original-Kanne 1 kg 3.20

Otto Stiebler
 Breslau, Zwingerplatz 5
 und 23 Filialen.
 Größtes Import- und Versandhaus im Osten Deutschlands.

7000
 Nummern der Reclam'schen Universal-Bibliothek
 jeden als beste Reiselektüre spottbillig zum Verkauf.
 Preis jeder Nummer:
 kartoniert 15 Pf., gebunden 20 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung
 Breslau II., Neue Graupenstr. 5.

Sozialistische Monatshefte
 Redigiert von Jol. Bloch
 monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50
 Bestellungen bei allen Zeitungsverlegern u. der Volkswacht-Buchhandl., Breslau III.
Druckerei Volkswacht
 fertigt moderne Druckarbeiten
 Breslau 2, Flurstraße 4, 6

Wurst-Schneider
 Beachten Sie meine Verkaufsstellen!
 Zwei Paar Schneiderwürstchen 35 Pf.
 Hausm. Leberwurst 1/4 Pfd. 35 „
 Hannov. Mettwurst 1/4 Pfd. 35 „
 Kalbsleberwurst 1/4 Pfd. 40 „
 Beste Ware! Billigste Preise!
 Schneider's Bierwurst

Korbmöbel
 Alle Arten Korbwaren, Kinderwagen, Rohrteppiche unterbetroffen billig. Zwanglose Besichtigung erbeten.
 Prima Beachten! Rein Laagen!
 Rein Laden 2 Trepp. Fernspr. Ohle 930

Ausverkauf!
 mache ich zwar nicht, aber so billig kaufen Sie bei mir und empfehle meine
Doppel-Edel-Liköre
 wie Allasch, Ingber, Cherry-Brandy, Stonsdorfer, Curaçao.
 Neu eingeführt:
 Ei-Creme Advokat ca. 20%
 hergestellt nach einem alten holländischen Rezept, aus frischen Hühneriern, Zucker und Alkohol ohne jedes Verdickungsmittel, ferner:
 Schokoladen-Cocktail ca. 20%
 hergestellt aus Kakaob., Eiern, Zucker und Alkohol, ohne jedes Verdickungsmittel.
 alles lose v. F.A.B., 1/2 Ltr. nur 50 Pf.
 Feiner edel Weinbrand ganz Ltr. nur 2.80 M.
 Jamaika-Rum-Verschnitt ganzes Liter nur 2.80 M.
 Breslauer Brantwein 35%, 2.50 M.
 Ein Versuch überzeugt Sie von der Güte der Ware. Da lose vom Faß verkauft wird, bitte ich, die Flaschen mitzubringen.
 Geöffnet von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
David Kochmann
 Kolonialwaren und Destillation
 Breslau 1, Weldenstraße 25
 Telephon: Ohle 5034.

Jahradgummi
 Damen- und Herren-Räder
 11/16 Zoll-Freiburg-Str. 16,
 Ecke Graupenstr. Fahrradfabl.
Autog. Schweißen
 für Schlosser, Schmiede, Mechaniker
 ohne Berufsprüfung. Erwerbslose Ermäßigung.
 Naheres Freiburger Straße 26, I., rechts, 6-8.

Lachen links!
Das Witzblatt der Republik
 Heft 25 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen.
Bitte bei allen Einfäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu benachrichtigen.
Arbeitsmarkt
 Selbständiger, älterer
Wagen-Sattler
 als Bearbeiter für H. Werkstatt auf Kutschwagen und Karosseriebau, und ein ebensolcher
Wagen-Ladierer
 per sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit an
Wagen- u. Karosseriefabrik H. Goele
 (früher Schustalla & Co.)
 Ratibor, Eisenbahnstraße 19a.

Die Wahrheit über Görbersdorf.

Wie die Vergiftungs-Katastrophe entstehen konnte. — Ein Toter verheimlicht!

Erst allmählich wird der wahre Sachverhalt in der Angelegenheit der Görbersdorer Massenvergiftung bekannt, nachdem die Anstaltsverwaltung aus böser Absicht oder weil sie wirklich den Kopf verloren hat, nur jückernd und widersprüchlich mit der Wahrheit herauskommt. Eine offene und freimütige Behandlung der Angelegenheit hätte den durchaus unangenehmen Eindruck, der in der Öffentlichkeit jetzt entstanden ist, vermeiden können. Um die Verantwortlichkeit der Verantwortlichen zu einer weitestgehenden Klärung und rückhaltlosen Aufklärung alles dessen, was zur Klärung der Katastrophe dient, zu fördern, veröffentlichen wir zunächst zwei Mitteilungen aus Patiententreifen. Jeder jeden Zweifel erheben ist heute schon die Notwendigkeit, die in ihrer Generierung fürchterlich zurückgeworfenen und schwer geschädigten Patienten durch weitere Kur- und andere Bergungsmaßnahmen wenigstens etwas zu entschärfen. Die Reichsbehörden täten gut, Garantien zu geben und im übrigen dafür zu sorgen, daß der Öffentlichkeit nunmehr schnelle Aufklärung zuteil wird, besonders auch über die in der ersten von uns veröffentlichten Mitteilungen ausgesprochene Behauptung, daß bereits fünf Todesfälle vorliegen, während bisher immer von vier Toten die Rede war.

Ein Patient schreibt uns:

Als Dr. Hermann Rehmer vor 70 Jahren in Görbersdorf die erste Lungenheilanstalt gründete, brachte er damit eine soziale Tat. Sozialer Wirkung und Schaffen war auch sein Lebenswerk. Obwohl er von den herrschenden Kreisen in Deutschland nicht geachtet und geachtet wurde, um in mehr oder weniger Namen von allen denen, die ihn in seinem Wirken kennengelernt hatten, in alle Lande getragen und Dr. Hermann Rehmer erlangte mit seiner Heilstätte einen Ruf von bestem Klang. Jeder wurde seinem Wirken nach 30 Jahren viel zu früh ein Ende gesetzt. Seine Erben waren in den ersten Jahrzehnten ernstlich bemüht, das Erbe Hermann Rehmers hochzuhalten. Dieses wurde die Saide, als die Anstalt mit in den Diensten der ersten Gesehgebung gestellt wurde. Seit längerer Zeit werden in Dr. Rehmers Heilanstalt vornehmlich Patienten der Rinderheilkunde für Angestellte zur Heilung gebracht. Aber auch hier die Anstalt bezieht, indem leider von Dr. Hermann Rehmers fromtem Geist nichts wieder. Die Anstalt ist

ein privatwirtschaftliches Ausbeutungsorgan

und die Patienten mit der Reichsversicherung sind die Objekte dazu. Wo ist der ehemalige herrliche Park mit seinen wunderbaren Anlagen? Wo sind in der Anstalt die Reueien entsprechenden notwendigen Einrichtungen? Wo ist das Köcher Hermann Rehmers? Alles und zur Gesundheit der Kranken wenig beachtet. Die Parkanlagen sind zum großen Teil verlassen und unbrauchbar, nur die nächsten Wege um die Anstalt werden noch gepflegt. Den Park hat man nämlich aufgegeben und privatwirtschaftlich ausgeführt. An den Gebäuden ist seit dem Jahre 1889 nicht mehr ein Stein auf den anderen gesetzt worden und der Verfall wird notwendigerweise voranschreiten.

eine Familien-G. m. b. H. von 11 Familien

mit rund 30 Erben vorhanden, die ängstlich darauf bedacht ist, daß aus dem Betrieb der Anstalt mindestens soviel privat herauskommt, daß es zu ihrem standesgemäßen Lebensunterhalt langt, und wenn noch etwas darüber ist, fadnet es auch nichts. Als Aufsichtsrat dieser Familien-G. m. b. H. fungiert ein leitender Direktor einer bekannten Breslauer Großfirma.

Seit vielen Monaten haben die privatwirtschaftliche Tätigkeit dieser Familien-G. m. b. H. die Patienten besonders gespürt. Vielleicht wollte man etwaige Verluste der Anstaltsverwaltung mit Gewalt wektmaden. Die Klagen über schlechte Kost waren hier an der Tagesordnung, doch wurden sie im Frühjahr so hart, daß die Patienten ernstlich auf deren Abstellung drängten. Als Baureisen waren mit Herrn Dr. Rowe, Oberarzt der Anstalt, der Heilanstalt, die derselbe in seinem Buch: „Die Lungenheilkunde und deren Behandlung“ auf Seite 84 und 85 schreibt, daß ein Lungenkranker größerer und kräftigerer Nahrungsaufnahme bedarf, wie ein Gesunder.“

Doch lassen wir einmal sehen, wie

die tägliche Nahrung für die Lungenkranken

hier beschaffen war: 20 Gramm Butter, 10 Gramm Fleisch, 18 Gramm Zucker, einen halben Liter Magermilch, Mliekschmalze, Mals- und Weizenkeime ohne Weichnung, Brot reichte nie zu, das mußten sich die Patienten teils selbst erhitzen. Bräuden mit Wärmelampe oder Kochtopf. Dafür gab es aber Kartoffeln ohne Befchränkung und es war leinen verwehrt, sich einen mächtigen Kartoffelbock anzueignen. Gemüse und dergleichen war bis in die letzten Tage hinein ein Verbotnis, der nur an hohen Festtagen gereicht wurde. Dazu kommt noch, daß allem Essen ein bestimmter Zusatz von Soda beigelegt wird, das gewisse Empfindungen der Kranken dämpfen soll — bei der eigentlichen Kost ein zu vorzüglicher Beigabe. Dadurch und durch eine Zunke, die wochenlang das selbe feillose Wasser war, wurde die Geschmackslosigkeit noch erhöht.

Anfang Mai wurden die Patienten deshalb vorstellig. Eine Beschwerde an die Reichsversicherung wurde angelegt und von zahlreichen Patienten unterzeichnet. Der Erfolg war, daß man einem Patienten als sogenanntem „Müdschützen“ eine Wiktur gab, das heißt, er mußte bald abfahren. Der Herr Oberarzt fuhr nach Berlin zur Reichsversicherung und es blieb alles, wie es gewesen war. Die Beschwerdeführer warten bis zum heutigen Tage noch auf eine Antwort von der Reichsversicherung. Die Patienten mußten deshalb, wenn ihre Kur nicht erfolgreich sein sollte, weiter in ihre Taschen greifen und sich zu der Befräftigung teils hinzukaufen. Viele hatten ihre eigene Futter und Wurst, andere liehen sich Pakete von Hause senden, wieder andere gingen Milchturen bei den Bauern nehmen. Wenn sie alle einmal ein vernünftiges Essen haben wollten, dann gingen sie nebenan nach dem Hotel, das mit den Patienten der „Rehmerer“ sein heftiges Geschäft machte. Einzelwünsche der Patienten, die zahlreich weiter vorgetragen wurden, wurden von den leitenden Ärzten ebenfalls mit unverbindlichen Worten erledigt.

Nur so war es möglich, daß man am Sonntag, den 13. Juli, ein Mittagessen vorsetzte, das durch und durch verdorben war (in der amtlichen Berichterstattung ist nach gar nicht festgehalten, ab es die Erbbeersteife allein war). Weit über 200 Patienten, Anstaltliche und Dienstmädchen

erkrankten unter den fürchterlichsten Qualen,

die von den Vergiftungs-erkrankungen verursacht wurden. In dem amtlichen Bericht des Kreismedizinalrates heißt es: „Die Anstaltsleitung hat sich der Lage in jeder Weise gewachsen gezeigt.“ Diese Worte haben bei allen Patienten ein höchst herbergsamer. Wir stellen deshalb fest, daß in der Nacht vom Sonntag zu Montag nicht nur alle Patienten, sondern auch die Schwestern und die Ärzte erkrankten, so daß nur ein Mitleidender der Rekonvaleszenz und eine Schwester für mehr als 200 Personen-erkrankungen vorhanden waren. Die Kranken waren sich selbst auf Geduld und Verberben überlassen und ihr Leben rettete sie ein Stück Vieh. Erst Montag, kurz vor Mittag, wurde die Wirkliche Anstalt um Hilfe angegangen. Erst in den folgenden Tagen liehe nach und nach eine angebrachte Behandlung der Kranken an.

Fünf Todesopfer sind zu verzeichnen.

Der in seinem Fach tüchtige Oberarzt Dr. Rowe, der noch unter Dr. Rehmer tätig gewesen und noch heute in seinem Amtstätigkeit seinen Dienst verrichtend, hiebiger Rademeister, ein Privatpatient und zwei Versicherungsagenten sind die Töteten. Ein Drittel der Patienten liegt noch in Betten und die anderen zwei Drittel kriechen herum wie die Kraken und heifen auf Erholung der überlebenden Leben. Alle müssen feststellen, daß der bisherige Erfolg ihrer Kur jämmerlich ist.

Schmidtsverluste bis zu 18—20 Pfund

sind pro Person zu verzeichnen. Wird man jetzt die wahren Ursachen erkennen und abhehen? Wird man die wahren Schuldigen zur Verantwortung ziehen? Nichts davon wird geschehen, es sei denn, daß einzelne Patienten mit Schadenersatzansprüchen kommen werden, die man ihnen an derwärtigen Lage erlauben wird. Man wird dafür die wahren in die Wüste schiden, die gewiß viel vorzuziehen hat, die aber nichts anderes als ein willkürliches Werkzeug war. Keine Wertschätzung in der Küche geübt haben, sagt wohl der amtliche Bericht in seinem Satz: „Niemand spießen Ratten und Mäuse inrächtlich eine gewisse Rolle.“ Also Ratten und Mäuse möchten in solcher Zahl vorhanden gewesen sein, daß sie das gesamte Mittagessen von weit über 200 Personen vergifteten.

Nun, wenn es in Zukunft hier besser werden soll, dann muß zunächst erst einmal die Reichsversicherung die Anstalt genauer ansehen und sich klar werden, ob sie unter solchen Umständen der Anstalt Kranke auf Geduld und Verberben anvertrauen kann. Die Vertrauensmänner der Reichsversicherung werden ihre Stimmen besser zu Wehre bringen als bisher.

Unbedingt nötig ist es aber, daß das einseitige Diktat der Anstaltsleitung ein Ende nimmt, daß Wünsche der Patienten gehört werden. Die Patienten müssen sich eine Beteiligung der Leitung gegenüber wählen, wodurch sie zu ihrem Recht kommen. Allerdings wird das bei den Anstaltsleitungen noch etwas Nebenwirkung stiften. Führt sich doch die Mehrheit gar nicht so protestantisch und eine Beteiligung, nur wie gesagt das praktische. Man ist doch bravum im D. S. H. oder einem ähnlichen Klimabereich und so kann man das nicht erwas tun, was wohl nur die Arbeiter tun. Sie werden aber doch zu der Solidarität, die die Arbeiterchaft verbindet und vorwärts führt, kommen müssen, zu der Solidarität, wie sie im Zentralverband der Angestellten an, Wandern gepflegt wird, und dann werden sich die Proletarier im Nachstragen einig werden.

Was ein Augenzeuge beobachtet hat.

Er schreibt uns: Ich überliebe Ihnen einige persönliche Eindrücke, die ich bei meinem Besuch einer in Görbersdorf befindlichen und ebenfalls von der Vergiftung betroffenen nahen Verwandten am vergangenen Sonntag gewonnen habe.

Von einer völligen Ruhe habe ich, wenigstens am Sonntag, noch nichts merken können. Im Gegenteil, sämtliche Patienten, mit denen ich sprach, waren aufs höchste erregt und hielten mit ihrem Linienwegs schmelzheligen Urteil über die Anstaltsleitung nicht zurück. Das keine Patienten abereicht sind, stimmt wohl nicht in dem Maße, wie es bekannt wird. Der größte Teil der Patienten ist von der Reichsversicherung dorthin geschickt und dadurch nicht ihrer eigenen Entschliebungen. Außerdem waren diejenigen, die fort wollten, zum Teil noch zu schwach, um etwas unternehmen zu können. Ich, A. war eigens dazu nach G. gereist, um für meine Verwandte eine andere Unterkunft zu suchen, was mir denn auch gelungen ist. An eine sofortige Wiederbelebungs- oder aber auch infolge Schwäche der Kranken nicht zu denken. Die Hauptschuld schiebt man dem wirtschaftlichen Direktor zu, dessen Anmaßlichkeit, besonders bei der Bekleidung neuer Wirtschaftsgesellschaften, die Kodifizierung und dergleichen, erst die Möglichkeit einer derartigen Katastrophe geschaffen zu haben scheint. Außer dem wurde sehr über mangelnde Sauberkeit geklagt. Wenn behauptet wird, daß die Anstaltsleitung der Situation gewachsen war, so stimmt das unter keinen Umständen. Mit es doch vorgenommen, daß man am Mittwoch nach dem Unglücksanfang eine sehr dandierende Patientin überhaupt vergessen hatte, und ließ sich nach am letzten Sonntag haben die Patienten erst zwischen 3 und 4 Uhr Mittagessen erhalten. Die Breslauer Schwestern, die zur Anstalt gekommen waren und deren außerordentliche Tätigkeit durchaus anerkannt werden soll, sowie die Leiter verschiedener anderer Sanatorien, mit denen ich sprach, schüttelten alle den Kopf. Gerade so erstklärt und wirkte es, wenn man eine Patientin, die schon monatelang dort zur Kur war, fragen hörte, daß durch diese Sache vermutlich der ganze Erfolg verlerntgegangen sei. So wird es allen ehen. Eigenartig ist die Behauptung der Reichsversicherungsanstalt am vergangenen Sonntag, daß keine Patienten gestorben wären, während der Oberarzt jetzt zwei Fälle gibt. Das es sich hierbei um schwer Tuberkulosefranke handelt, die das kann man zwischen den Zeilen herauslesen, jowieso gestorben wären, ist ein schwacher Trost.

Es ist durchaus zu miltilligen, wenn bei derartigen Umständen die verantwortlichen Stellen ihre vorzüglichste Aufgabe darin erblicken, nur möglichst schnell festzustellen oder feststellen zu lassen, daß sie keine Schuld trifft. Sollte man dadurch jedem Verzug einer Schadenersatzforderung von vornherein die Spitze abbrechen wollen? Die Reichsversicherung als Hauptinteressentin late gut, mit der jetzt in der Anstalt üblichen Wirtschaft der dortigen wirtschaftlichen Leitung aufzuräumen. Eine Anstalt, der alle äußeren Vorzüge in dem Maße gegeben sind, hat der Allgemeinheit gegenüber die Pflicht, diese Vorzüge auszunutzen zum Vorteil der leidenden Menschheit ohne Rücksicht auf den Geldbeutel irgendwelcher privatkapitalistischer Interessenten, seien es auch die Erben des verdienstvollen Gründers der Rehmer'schen Anstalten.

Die Fischchen auf der Ober.

Durch den Vertrag von Versailles in Deutschland verpflichtet worden, nicht nur die Fischchen und Welen zur Schifffahrt auf der Oder zuzulassen, sondern ihren auch Fahrzeuge für den Betrieb auf diesem Strom zur Verfügung zu stellen. Die Abfertigung der Odefahrzeuge an die tschechoslowakische Wicht beendet. Die tschechoslowakische hat von Deutschland auf der Oder zwölf Schleppdampfer erhalten, und zwar zwei kleinere Hafenstlepper für den Betrieb in Hagen und zehn große Schleppdampfer für die Schifffahrt. Derer sind etwa 70 Arbeitstage und drei Arbeitstage abgeteilt worden. Den Betrieb haben die Fischchen schon seit längerer Zeit aufgenommen. Er wird geführt durch eine Gesellschaft, die den Namen „Odergesellschaft“ führt. Der Sitz der Gesellschaft ist in Breslau, das hat in Vertretungen an den wichtigsten Odefahrern, wie Gotsche, Verhaigen, Breslau und Hohenberg. Die Fahrzeuge tragen alle den Namen „Oder“ und sind fortlaufend nummeriert. Die Gesellschaft hat ein bestimmtes Umschlagen bei den Dampfern ein Herzog zu im Schmitt, wie auch alle anderen Redereien bei demselben Abfahren haben.

Reichenbach. Vom Samaritanerklaffen in den Tod. Nach einem in einem Brand hat sich selbst den Tod gesucht der landwirtschaftliche Arbeiter Fritz Bergemann, der in einem Landbesitzeranwesen arbeitete. Er nahm zuvor noch an einem Sonntagmorgen in Steinkirchendorf, war dort luntig und verwirrt, er liehe erst Sonntag abend in Begleitung eines Freundes in der Wohnung in Reichenbach zurück. Dort liehe er jämmerlich, und aus der Laide (Weld, Auswech, Briefe usw.) und ganz fern, dieser Wirtin irgend etwas von seinem dunklen Verberben zu hören. Am anderen Morgen fand man ihn an der Oder, nicht weit von Hohenberg, kurz vor deren Einmündung in den Rhenan, in einem Baum hangend als Leiche vor. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist völlig unbekannt.

Steingrund. Gemeinderatswahl. Die am 18. Juli abgehaltene Gemeinderatswahl fand sich nach einmal mit der Wahl des Gemeinderates zu beschließen. Durch ein anonymes Schreiben hatte man versucht, die Mitgliedschaft anderer Gemeinderäte zu erschüttern. Das der Wahl ging Gemeinderat Heinrich M. über. Die Gemeinderäte hatten ihre 4 Stimmen auf den von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten, Gemeinderat Karl Schick, vereinigt. Gemeinderat Schick es, den anonymen Schreiber ausfindig zu machen, um ihn für seine Leihen zur Rechenschaft zu ziehen.

Girschberg. Beim Wassereintritt in die Wohnung. Die am 18. Juli abgehaltene Gemeinderatswahl fand sich nach einmal mit der Wahl des Gemeinderates zu beschließen. Durch ein anonymes Schreiben hatte man versucht, die Mitgliedschaft anderer Gemeinderäte zu erschüttern. Das der Wahl ging Gemeinderat Heinrich M. über. Die Gemeinderäte hatten ihre 4 Stimmen auf den von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten, Gemeinderat Karl Schick, vereinigt. Gemeinderat Schick es, den anonymen Schreiber ausfindig zu machen, um ihn für seine Leihen zur Rechenschaft zu ziehen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Deutsch-Lilla. Der Reichsbund Schwarz-Rot-Gold. Ortsgruppe Deutsch-Lilla, veranstaltet am Sonabend, den 20. Juli, in Conrad's Restauration in Deutsch-Lilla ein Festmahl zur Gründung eines Reichsbundes, was sämtliche Kameraden von Breslau und Umgegend dazu eingeladen sind. Anfang 7 Uhr. (Zugverkehr kündigung.)

Gerichtliches.

3 Wochen schuldig in Haft.

Der von seiner Frau getrennt lebende Schlosser Alfred Rehrle, Breslau, wurde am 25. Juni 1924 wegen Mordverraths an seiner Ehefrau verurteilt. Am 30. Juli gab die Hauptbeurteilungsinstanz, die Ehefrau, zu Protokoll, daß in der Nacht vom 28. zum 29. Juni, — also während der Angeklagte sich in Haft befand — wiederum jemand unbefugter Weise in ihre Wohnung eintreten wollte. Das Gericht schloß daraus, daß ein dringender Verdacht nicht mehr besteht, daß der Angeklagte derjenige ist, der in der Nacht vom 28. zum 29. Juni in die Wohnung der Ehefrau eingedrungen ist. Erst am 11. Juli wurde dieser Beschluß ausgefertigt, während die Haftentlassung gar erst am 11. Juli erfolgte. — Ist es wirklich notwendig, daß der heilige Amischimmel so langsam reitet? Könnte er nicht langsamer und vorsichtiger bei der Inhabierung, dafür aber umso rascher bei der Haftentlassung sein?

Schwere Jungen bei der Arbeit.

Mit großer Redlichkeit und Treifigkeit war in der Nacht vom 14. zum 15. März vorigen Jahres in das Schußgebiet Koienthaler Straße 5 eingedrungen worden. Die Diebe hatten von der Straße aus mit dem Brecheisen die Türe der Wohnung erbrochen, das Schloß geplatzt und dann 60 Paar Stiefel und Schuhe gestohlen. In mitgebrachten Säcken wurde das Gesteohene weggeschafft. Als die Diebe die Waren am nächsten Tage verkaufen wollten, wurden sie abgefaßt. Es handelte sich um die Arbeiter John, Jakob, Josef, Sauer und den Hilfsarbeiter Alfred Gröschling. Die ersten drei sind bereits in einem früheren Verfahren verurteilt worden. Jetzt stand Gröschling vor dem großen Schöffengericht. Er, 24 Jahre alt, ist ein Engländer. Aus anständiger Familie stammend, ist er durch schlechten Umgang schon im Alter von 17 Jahren auf Abwege geraten. Dreimal ist er bereits wegen Diebstahls vorbestraft. Es lag deshalb diesmal schwerer Diebstahl im Rückfall vor. Er legte ein vernünftiges Gebändnis ab und gelobte Besserung. Im Gefängnis hat er sich müßighaft geführt. Es quält ihn dort nun das begangene Unrecht. Weil er geständig war und das Gericht an seine Reue glaubte, wurden ihm mildernde Umstände zugestanden. Das Urteil lautete auf 1½ Jahr Gefängnis.

Breslauer Produktenbörse vom 21. Juli.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 21. Juli 1924 gezahlten Preise in Goldmark (1 Goldmark = $\frac{1}{2}$ Dollar) ab schlesischer Verladeation. Lendung: Getreide: Stoll. — Delikatessen: wenig Geschäft. — Mehl: Abgeschwächt.

Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg) in Goldmark:			
Getreide:	23.	22.	Delikat:
Weizen	16,80	16,80	Waps, Wind, 23
Roggen	13,60	13,60	do. 24
Hafer	13,50	13,50	Leinsamen
Brauergerte	14,00	11,00	Senfsamen
Futtergerste	12,00	12,00	Hanffaat
			Mohn, blau

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Amtliche Notierung für Mähenerzeugnisse (für 100 kg).			
	23.	22.	
Malzemehl	100 kg	26,50	27,25
Roggenmehl	100 kg	22,00	23,00
Auszugmehl	100 kg	30,00—31,00	31,00—32,00

Wasserstand

vom 24. Juli 1924.	
Rathenow	1,06
Kraupitz	2,06
Köbel	0,76
Besig (Möhlentanz)	1,93
Reichenbach (Ober-Pegel)	3,50
Reichenbach (Unter-Pegel)	1,40
Breslau (Ober-Pegel)	4,90
Breslau (Müller-Pegel)	— 0,54
Kanitz (Ober-Pegel)	— 3,24
Kanitz (Unter-Pegel)	— 2,04
Dybenhartsch	— 1,34
Freilagen	— 0,18
Wasserkörsch	+ 15,04

Aus Schlefien.

Arbeitstagung der Jungsozialisten für die Gruppen Breslau, Ohlitz, Brieg.

Sonntag, den 27. Juli, vormittags 8 Uhr, in Ohlitz.

„Grundgedenke des Sozialismus“.

Leitung Genosse Fritz Le w n - Breslau.

Zu dieser Arbeitgemeinschaft sind auch ältere Parteigenossen und Genossinnen willkommen. Die Gruppen können die besten Plätze und treffen sich am Bahnhof in Ohlitz, Nachmittags

Wanderung in den Oderwald. Abends 7½ Uhr Beieiligung an der Friedenskundgebung der Ohlitzer Genossen.

„Europa in Flammen“

zum 10. Todestag von Jean Jaurès.

Redner Genosse Professor Dr. Marx - Breslau.

Partei- und Junggenossen! Genug des Streites über die Ursachen der Mai-Revolution. Rühst die Zeit zum Wiederaufbau. Es gilt die Köpfe zu rüsten für kommende Kämpfe. Diese vorbereiteten durch Schulung der jungen Kameradschaft. Ist die Aufgabe unserer Tagungen. Darum sind jeder seine Pflicht und werden für diese Tagung.

Beamtenfragen im Reichstagsauschuss.

Der Haushaltsauschuss des Reichstags befahte sich am Mittwoch mit Beamtenfragen. Nach kurzer Beratung der ihm vom Reichstag übergebenen Anträge auf Aufhebung der Ermächtigung der Regierung zur selbständigen Regelung des Grundgehalts und der Erziehungslöhne der Beamten wurde ein dem Reichstagspräsidenten übergebener Antrag der Deutschen Nationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen, in dem die Entziehung der Ermächtigung angedeutet wird. Auf einen nachträglichen Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Ermächtigung für die Regierung des Reichstags zu befristeten, beschloß die Mehrheit, eine zweite Lesung dieser Angelegenheit am 21. Juli vorzunehmen. Im Verlauf der Beratung über die Besoldungsfrage stellte Hg. Wender (Soz.) die Frage, weshalb von den der Regierung zur Verfügung gestellten 20 Millionen ebenfalls auf die Grundgehälter der Gruppen I bis IV verteilt werden sollen. Er brachte die lebhaftesten Erregungen der Debatte und der anderen Beamten, die von Unzufriedenheit über die Angelegenheiten sind, zur Sprache und begründete folgende Entschlüsse.

Der Reichstagspräsident zu erlauben, unentgeltlich in eine Ausarbeitung der Besoldung der Reichsbeamten mit dem Ziel einer ansehnlichen Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen einzutreten und dem Reichstag so schnell wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Während sich Zentrum und Deutsche Volkspartei für den Antrag zu Gunsten der Erhöhung der Grundgehälter der unteren Gruppen verhalten, wurde die Entschliessung von den aus den Regierungsparteien und den Deutschen Nationalen bestehenden Minderheiten abgelehnt. Abgelehnt wurde auch gegen die Stimmen der Antragsteller der kommunistische Zusatzantrag, der den Zweck der Besoldungserhöhung 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die Frage nach der Verteilung der 20 Millionen soll in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Bei der Beratung der Beschlüsse des Beamtenauschusses von Hg. Wender (Soz.) seien im 14. Ausschuss angenommenen Antrag auf Einführung der Pensionäre in die Besoldungsgruppen über Vorhaben im Rahmen einer Entschliessung des Zentrums durch, in der die Regierung ersucht wird, zu prüfen, wie die Beschäftigung der vor dem 1. April 1920 pensionierten Beamten beschleunigt werden kann. Über die im 14. Ausschuss ebenfalls angenommenen sozialdemokratischen Anträge auf Beschleunigung des neunmündigen Wundeharbeitsstages der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs und die Wiederherstellung der durchgehenden Dienstzeit soll in der am 21. Juli stattfindenden Sitzung unter Zuziehung sämtlicher beteiligter Parteien beraten werden.

Warum das Bauen so teuer ist.

Trotz erheblicher Abwägung liegen die Baukosten nach wie vor im Vergleich mit den Preisen der anderen Waren im Reich. Wir geben hier (ab Berlin) frei Bahn bzw. Waggon) in Goldmark für den Monat Juni wieder:

	1.2.21	2.6.21	1.7.21
1000 Zementsteine	18.50	23.00	20.00
Stromschalter 100 Volt	1.00	2.30	1.45
Marmor 100 Kilogramm	2.75	5.16	4.18
Sanitär, 1 Satz (50 Liter)	1.15	2.00	1.35
Glas, 1 Quadratmeter	1.50	2.70	2.70
1000 Liter, Silberputz	24.00	52.50	70.00
Konkrete, pro Kubikmeter	38.00	52.00	65.00

Nicht die Preissteigerung, sondern die hohen Baukosten sind die Ursache für die hohen Baukostenpreise.

sind die Hauptursache der Teuerung der Bauten, die alle öffentlichen Mittel für gemeinnützige Bauten als Tropfen auf einen heißen Stein erdienen läßt. Aber wie wenige Wohnungsgesellschaften haben einmal über Sozialisierung der Baukosten nachgedacht?

Aus dem Reich.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags beendete am Mittwoch die Debatte über die am Dienstag abgegebenen Erklärungen der Regierung. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Dr. Reichardt.

Grüners Nachfolger. Das „Merseburger Tageblatt“ meldet, daß der Merseburger Regierungspräsident Bergemann in absehbarer Zukunft als Nachfolger des von den Franzosen verteidigten Dr. Grüner nach Düsseldorf versetzt werden soll. Politische gehört Bergemann ebenso wie Grüner der Sozialdemokratischen Partei an.

Die Sicherung eingezogener Waffen. Im Zusammenhange mit der Bekanntgabe einer allgemeinen Verfügung des Justizministers über die Verwertung eingezogener Waffen, weist der Preussische Minister des Innern, dem Amptlichen Preussischen Pressedienst zufolge, die nachgeordneten Behörden auf folgendes hin:

Jur unbedingt sichere Aufbewahrung der Waffen muß Sorge getragen werden. Sollte bei den einzelnen Landratsämtern diese Sicherheit nicht gewährleistet werden, so haben die Regierungspräsidenten Anordnungen zu treffen, daß die Waffen an eine andere Sammelstelle weitergeleitet werden. Die Verfügung über die von den Strafverfolgungsbehörden an die zuständigen Provinzialbehörden übergebenen Jagdwaffen und Jagdgerätschaften liegt wie bisher bei staatlichen Forstverwaltungen.

Auch die Häute werden teurer. Im Anschluß an Preissteigerungen an den Produktendörfern haben besonders die Häutepreise stark zugenommen. Wir geben die Preissteigerung durch folgende Tabelle der Frankfurter Aktion wieder:

	Anfang Juli	Mitte Juli
Kalbshäute, Hund	0.60	1.17
Neue Auswüchse für die Schuhpreise!	1.21	1.50

Freunde tuberkulöser Kinder. Die schwere Schädigung des Volkes durch die Tuberkulose hat namentlich im Hinblick auf die schwere wirtschaftliche Not seit geraumer Zeit wirksame Abwehrmittel erfinden und ausbauen lassen. Im Rahmen des vom Staat und Kommune erhaltenen Ambulatoriums für Inosen und Gelenkerkrankte in Berlin N., Goerzwalder Straße, werden derzeit etwa 300 tuberkulöse Kinder mit Sonnen-, Kreisluf- und gymnastischen Übungen behandelt und durch Kreislufunterricht weitergebildet. Die unbestrittenen Erfolge dieser Methode haben eine Anzahl von Persönlichkeiten, welche den Wert einer Verbreitung dieser Arbeit für das Volkswohl erkannt haben, veranlaßt, einen Verein der Freunde tuberkulöser Kinder zu begründen, dessen Aufgabe es sein soll, der Tuberkulose durch geeignete sanitäre und medizinische Mittel vorzubeugen und tuberkulöse Kinder zu heilen. Um diesen Gedanken in ganz Deutschland zu verbreiten, soll die Unternehmung und Förderung einer Mutter- und Lehranstalt als besonderer Zweck des Vereins gesiegt werden.

Geheimer Medizinalrat, Professor Dr. August Bier, der zum Vorstand des Vereins gewählt wurde, nahm Anlaß, in längeren Ausführungen auf die große Bedeutung der im Ambulatorium mit einfachsten Mitteln durchgeführten Methode hinzuweisen, betonte aber mit besonderem Nachdruck, daß die zu dieser Behandlung geeigneten Fälle vom Arzt sorgfältig ausgesucht werden müssen.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Herren Stadtrat Dr. Alfred Korach und Professor Eugen Rich, Berlin, gewählt. Dem Kuratorium gehört eine große Anzahl führender Persönlichkeiten an. Die Geschäftsstelle befindet sich bei Dr. Taubmann, Berlin W. 50, Prager Straße 13.

Der hartnäckige Kahr. Seit einiger Zeit kauft immer wieder das Gerücht auf, daß der seit Februar dieses Jahres von seinem Posten als Regierungspräsident von Oberbayern beurlaubte Herr v. Kahr seinen Dienst wieder angetreten habe. Amlich wird nun bekanntgegeben, daß dieses Gerücht nicht die Wahrheit trifft. Kahr befindet sich auch weiterhin im Urlaub, nachdem er allerdings schon einige Male versucht hat, seinen Dienst wieder anzutreten. Bekanntlich hat er es abgelehnt, der an ihn ergangenen Anweisung, sich pensionieren zu lassen, nachzukommen. Es wird also der harrnäckige Kahr, wenn sie die Ereignisse vom Jahre 1923 ernstlich liquidieren will, nichts anderes übrig bleiben, als den Herrn v. Kahr bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres im Dauerurlaub zu belassen, da irgendwelche geschäftlichen Bestimmungen für eine Zwangsverabschiedung fehlen. Eine solche wäre nur möglich, wenn dem Herrn v. Kahr seine bekannten Verbrechen im Amt auch nachgewiesen werden könnten. Nachdem aber der Staatsanwalt es abgelehnt hat, auf Grund der gegebenen Unterlagen öffentliche Anklage gegen Kahr zu erheben, ist anzunehmen, daß ein gegen Kahr eingeleitetes Disziplinarverfahren erfolglos enden würde. So hängt sich die bayrische Verwaltungspolizei in der eigenen Schlinge!

Gründungsfeier des Roten Kreuzes. Am 22. August 1864 ist zu Genf die internationale Konferenz zur Wählung der vom Krieg unerschütterlichen Hebel, die sogenannte Genfer Konvention, abgeschlossen worden. Am 22. August d. J. begeht somit das Rote Kreuz seinen 60. Gründungsstag. Aus diesem Anlaß will das Deutsche Rote Kreuz eine allgemeine Volkskreuzsammlung veranstalten. Der Ertrag der Sammlung soll den Kriegsausgaben des Deutschen Roten Kreuzes, vor allem dem Schutze der Volksgesundheit, der Fürsorge für Verwundete und Hilfsbedürftige, für Kinder und Kranke, namentlich Tuberkulose, und dem Fortbestand und der Entwicklung der wohltätigen Anstalten und Einrichtungen des Roten Kreuzes, dienen. Daneben ist er bestimmt, der Fürsorge für die Schwermüchtigen und Sanitätskolonnen, insbesondere der Versorgung ihrer im Dienste des Roten Kreuzes als gewerblichen Mitarbeiter, Geldmittel zu liefern. Das Rote Kreuz hilft allen ohne Unterschied der Stammeszugehörigkeit, des Bekenntnisses und der politischen Meinung. Wir haben keine Arbeit nicht für so wichtig, wie die internationale politische Organisationsarbeit, die der vom Rote Kreuz zu bezeugen will. Doch ist in der gegenwärtigen Weltordnung eine Einrichtung wie das Rote Kreuz über unentbehrlich und lebenswichtig.

Deutscher Kommunist in England verhaftet. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus London verhaftete die dortige Polizei einen deutschen Kommunisten namens Leo, der ohne Einreiseerlaubnis nach England aufbrach. Der Verhaftete gab an, daß er an den Hamburger Kommunistenversammlungen im Oktober v. J. beteiligt gewesen und aus Deutschland geflohen sei, weil er wegen Waffengebrauch gegen einen deutschen Polizisten verfolgt worden sei.

Aus der Partei.

Zwei schwere Verluste hat unsere deutschösterreichische Bruderpartei erlitten: In Graz starb Anton Ulrich, der Gründer der Kinderfreundebewegung; viele Tausende gaben ihm erlöhnt das letzte Geleit. Und in dem Rechtsanwalt Dr. Gustav Harner hat die Partei einen ihrer besten Juristen, ihren Verteidiger in unglücklichsten politischen Prozessen, verloren.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2345
Täglich 8 Uhr:
Gesamt-Gastspiel des
**Wiener
Rozacher-
Theaters**
„Wien
gib
acht!“
Große Ausstattungs-
Revue in 11 Bildern.

**Victoria-
Theater**
Neue Taschenstr. 31 33.
Tel.: Ring 2297.
Täglich 8 Uhr:
Nur noch
kurze Zeit!
Der
scharfe Löwe
Ewigleben Schalk
Carnegie-Preis

Lebensmittel, Mehl,
Laubbrot
und Hünerfutter
gut und preiswert
Wilhelm Schmidtchen,
Südstraße 88.
Sitte, auf Firmen zu achten!

**Donnerstag
Freitag
Sonnabend**

Resie

**Donnerstag
Freitag
Sonnabend**

per Meter **55** Pf.
**Handtuchstoff
Oxford, Hemdentuch
Mousseline**

per Meter **75** Pf.
**Perkal
Wäschetuch, Schürzensatin
Züchen**

per Meter **115** Mk.
**Voll-Volle bedr.
Voll-Frotté, Inletts
Bettdamast**

per Meter **155** Mk.
110 cm breit **Voll-Volle
Voll-Frotté, Waschkrepp
Rockstreifen**

M. Aschkowitz
Scheitniger Straße 13.

10% Mäxler erhalten gegen
ihres
Ausweises
auf alle anderen Waren.
Nanan 10% / 10

Sie lachen
sich gesund im
Thalia-Theater
über
Stössei
in
**Vertagte
Nacht!**
Anfang 8 Uhr.
7392

Liebig-Theater
Operetten-Saison
Täglich 8 Uhr:
**Die Mädels
von Davos**
Sport-Operette
von **Martin Knopf**
in der Berliner
Original-Ausstattung.
7412

Unsere ergötzen in
der „Vollmacht“
den größten Erfolg
Käufe
Jede Nähmaschine
laut Wienziers
Gräßlener Straße 45.
Kleine Anzeigen
sind komplett gesetzte, ohne
Anzeig. v. Verkäufen, Kaufge-
suchen u. a. nur von Privaten.
Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.
2 Wiener Beistf., Berlin,
Tisch usw., vert. b. Wollweber-
straße 31, II. geraden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Juli.

Sozialdemokratische Partei.

Heute abend, pünktlich 8 Uhr:

Unsererbedeutendste wichtige

Parteifunktionär-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Niemand darf heute fehlen. Alle Distrikte müssen durch ihre Funktionäre vertreten sein. Jeder Vertrauensmann aus Werkstätten, Betrieb und Geschäft muß anwesend sein!

Distrikt XI: Freitag, abends 7 1/2 Uhr, bei Langner, Augustastr. 146, wichtige Funktionär-Versammlung. Keiner darf fehlen. Arbeiter-Jugend-Kassierer! Vergesst nicht heute abend die Abrechnung um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus!

An alle Republikaner!

Schon viel ist bei den Republikanern in Deutschland von Widerstand gegen radikale, besonders rechtsradikale Bestrebungen die Rede gewesen. Dieser Widerstand war passiv und konnte daher einen Fortschritt des republikanischen Gedankens kaum erzielen. Anzeichen für größere Aktivität sind zwar vorhanden, zeigen aber, daß dabei Einheitslichkeit und Nachdrücklichkeit noch zu wünschen übrig lassen.

Die wenigen bewußten Republikaner wissen, warum es sich handelt. Aber die vielen anderen, gleichgültigen wissen es nicht, denn sie kümmern sich weder um Politik, noch lesen sie die Verfassung, noch bemerken sie überhaupt etwas von dem Dasein der Republik. Denn für sie besteht nur das sinnlich Wahrnehmbare, das ihnen die Nationalisten mit reichlichen Geldmitteln an Turnfesten, sogenannten „Deutschen Tagen“, Denkmalserrichtungen und dergleichen vorzuführen verstehen. Aber auch die Jugend, auf der unsere Hoffnung beruht, muß doch, da sie noch nicht die Innereitlichkeit des gereiften Alters hat, an der Daseinsberechtigung der deutschen Republik zu zweifeln anfangen, wenn sie von ihr nichts hört und nichts sieht, wenn sie kein Symbol hat, um das sie sich scharen kann, und wenn sie endlich keine Führer findet, die offen und kräftig ohne taktische Bedenken für die große und gute Sache eintreten.

Wenn sich die Regierung aus Mangel oder aus Schwäche bei jeder Gelegenheit neutral verhält, dadurch aber bisher den Übermut der Nationalisten nur verstärkt hat, so ist es um so größere Mühe der überzeugten Republikaner, dem Gedanken der deutschen Republik auch äußerlich zum Siege zu verhelfen. Es ist doch wirklich ein beschämendes Zeugnis, wenn die geschmähten Farben des Deutschen Reiches fortwährend mißachtet werden. Kann sich das deutsche Volk auch nur mit einem Recht gegen den Vorwurf wehren, daß es Rechtsbrecher ist und Verträge wie einen Fetzen Papier behandelt, wenn es keine eigenen verfassungsmäßigen Farben mit Füßen tritt, ansatz einmütig dafür einzutreten?

Die Republik muß also auch äußerlich zeigen, daß sie da ist, der Streit um die Reichsflagge ist nicht nur, wie man es leider sogar von überzeugten Republikanern hören kann, ein müßiger Streit um äußerliche Dinge, er muß vielmehr mit aller Kraft durchgeföhrt werden. Oder sollen wir wie nach 1815 und 1849 zum drittenmal das Rad der Geschichte zurückdrehen lassen, um endgültig hinter den anderen Kulturvölkern zurückzubleiben, und die Hoffnung auf Einheit und Freiheit für immer begraben zu können? Wir müssen die Jugend für diese Ideale begeistern, wir müssen auch die lässig gewordenen Alten mitreißen und wir müssen darum Sorge tragen, daß der Weimarer Verfassung als Verkörperung einer besseren deutschen Zukunft an ihrem Jahrestage die äußere Ehre gezollt wird, die sie trotz aller Aufschreitungen verdient. Vor hundert Jahren sangen unsere Studenten vom Ruhm des Lied:

„Das Band ist zerschnitten,
Nar schwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt!“

Heute nach Rot und Tod ist das Band wieder zusammengefügt, sorgen wir dafür, daß es am 10. und 11. August glücklich verheißend durch die Lande flattert.

Wohlfahrtsfonds.

Es ist eine alte Erfahrung, daß niemand leichtem Herzens einen Bettler, der an seine Lürde klopf, mit leeren Händen gehen läßt, sondern ihm ein Almosen in die Hand drückt, um nicht vom dem unbehaglichen Gefühl verfolgt zu werden, daß man einem armen Menschen mitteillos jede Hilfe verweigert habe. Ob einer auf der Wanderschaft oder ein Berufsbedürftiger an unsere Lürde klopf, bedeutet allerdings einen Unterschied. Am dem Bettler umsehen zu können, wenden die städtischen Wohlfahrtsämter in Bielefeld und Essen ein neuartiges Verfahren an, wobei den sozialen Momenten des Bettlermenschen doch Rechnung getragen wird. Es werden nämlich Scheckhefte mit 20 Gutscheinen zu je 5 Pfennigen über den ganzen Bezirk vertrieben, und man drückt jedem Wohnungsinhaber so eine Gabe in die Hand, die er an Bettler unbedingt aussteilen kann. Der Bettler kann, so wird aus diesen Orten berichtet, mit diesem Scheck nichts weiter anfangen, als ihn beim Wohlfahrtsamt vorzuweisen. Ehe dieses ihn einlöst, prüft es aber sofort binnen 24 Stunden die persönlichen Verhältnisse des Bettlers sorgsam durch seine Vermittlungspersonen und entscheidet darnach, wie dem Bettler geholfen werden soll. Arbeitsfähige Berufsbedürftiger hüten sich, die erhaltenen Schecks bei der „Bettler-Wand“ zu präsentieren. Da die Verweise, die Schecks auf „Schwarzen Bettlerbörsen“ an unruhige zugewanderte Novizen zu verschachern, keinen Erfolg haben, so haben die Berufsbedürftigen den Geschmack an gewöhnlichen Hausbetiteln, das ihnen bloß undrauchbare Schecks einbringen, verloren. Sie sind zwar empfindlich in neuen Zeiten — namentlich der Hausierhandel mit Ansichtskarten, Streichhölzern und ähnlichem blüht wieder auf — aber der eigentliche Lürdbettler ist in Bielefeld fast ausgerottet. Denn auch die durch plötzliche Not zum gelegentlichen Betteln gezwungenen Personen sind durch den Scheckdienst und den Aufdruck auf den Gutscheinen nunmehr an die rechte Seite der Gewissen, wo sie ohne entehrendes Hausieren mit ihrer Not verständnisvoll und möglichst durchgreifende Hilfe finden, und zwar auf einen einzigen Scheck hin, nach besser ohne Scheck überhaupt, auf Grund der gepflückten Notatafsachen hin. Aus den Einnahmen, die aus dem Scheckvertrieb gewonnen werden, konnte schon wirklich Bedürftigen eine namhafte Hilfe zuteil

werden, während die Berufsbedürftiger sich scheuen, die Schecks zur Einlösung vorzuzeigen.

Die Stadterwaltung Essen hat in der ersten Woche annähernd 400 Scheckhefte verkauft. In 32 Fällen gelangten in dieser Woche Schecks durch Bettler und Bettleressen zur Einlösung. In mehreren Fällen mußte eine Übernahme auf die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge erfolgen, da eine dringende Notlage bestand. Die Tatsache, daß von 400 verkauften Scheckheften mit 4000 Schecks nur 32 Schecks eingelöst worden sind, beweist, daß es in der Hauptsache keine bedürftigen Bettler und sonstige Bettleressen sind, die das Betteln nicht notwendig haben. Jedenfalls haben die Mäccher der Schecks es geschafft, an amtlicher Stelle die Verhältnisse nachprüfen zu lassen, um festzustellen, ob eine Bedürftigkeit vorhanden ist oder nicht. Diejenigen Bettler, die in wirklich bedürftigen Verhältnissen leben, brauchen den Gang zu den auf den Scheckheften vermerkten Einlösestellen nicht zu scheuen, im Gegenteil, sie tun gut, diese Stellen aufzusuchen, da ihnen hier von unbedingt geholfen wird.

Vielleicht überlegt sich das Breslauer Wohlfahrtsamt einmal die Angelegenheit und versucht das Gute daraus auch für Breslau anzuwenden. Diese Wohlfahrtshefte werden zweifellos ohne gern gekauft und weitergegeben werden. Nur liegt der Schwerpunkt infolgedessen beim Wohlfahrtsamt selbst, als das Gelingen oder Mißlingen des Versuches in weitem Maße von dem Takt und der Geschäftlichkeit der Vermittlungspersonen und Helfer abhängt.

Zollvorlage! Brotwucher!

die Antwort der Sieger vom 4. Mai,

das ist die Tagesordnung der

4 Volksversammlungen,

welche am

Montag, den 28. Juli, abends 8 Uhr,

in nachstehenden Lokalen stattfinden:

Berggäßchen, Kleischaustraße, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße, Bräuer, Gabigstraße, Zentral-Volkshaus, Westendstraße.

Es werden sprechen die Landtags-Abgeordneten:

Lang, Langenbielau, Simon, Reulitz, Thiele, Neu-Gabigbrunn, Winzer, Breslau.

Schon heute agitiere jeder Genosse, jede Genossin für Massenbesuch!

Mahnung zur Selbsthilfe!

Der Spikentartikel der Nr. 24 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 14. Juni wendet sich in verständlicher Sprache mit berechtigter Mahnung an diejenigen, die unentwegt nach der Hilfe anderer (Schreien und die mögliche Selbsthilfe nicht kennen oder nicht tun). Auf die lebhaftesten Klagen über Warenpreise und Lebensmittelverteuerung antwortet die Metallarbeiter-Zeitung u. a. dieses:

Es gibt eben leider unter den Arbeitern, die gegen Reaktion, Unternehmertum und Wucher kämpfen und Partei und Gewerkschaften anlassen, noch sehr, sehr, sehr viele, denen es nicht um Bewußtsein kommen will, daß ihre Klagen im Grunde nur Selbstanklagen sind. Wie das gemeint ist, sei an einem Beispiel dargestellt: Ist da ein wiederer Kollage, der uns alle paar Tage in einer Woche, die wir aus Kollektialität nur „radikal“ bezeichnen wollen, vorlegt, daß noch immer nichts in Sachen der Sozialisierung der Produktion getan ist und man daher sich immer noch von einem Privatkapitalisten ausbeuten lassen müsse, ja, daß noch nicht einmal die Lebensmittelpreise heruntergedrückt worden seien, jedoch er mit seinem geringen Lohne die Taschen der Händler zu füllen gezwungen wäre. Dem Kollage folgt in der Regel ein Sturzbad von rarnigen Worten über das Verlagen von Partei, Gewerkschaft und Führer. Dieser Kollage aber, der Sozialisierung der Produktion und Kontrolle der Händler fordert, hat es noch nicht fertiggebracht, seine eigenen Handlungen zu sozialisieren oder seine Frau ein wenig zu kontrollieren. Die trägt ohne zu bedenken die teuer verdienten Groschen zu privaten Kaufleuten, zu den Preissteigern, zu den Wuchern, gegen die der Mann gefühlvolle Maßnahmen treffend verlangt. Am Konsumverein aber, der in aller nächster Nähe ist, sieht man sie nie. Von dem Konsumverein, der Einrichtung der Arbeiterkassen, diesem wirksamen Mittel zur Besserung der proletarischen Lage, will die Frau des „radikalen“ Kollagen einfach nichts wissen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu im Weiteren, daß die Sache bei ihr nicht der Erwähnung wert wäre, wenn es nicht Arbeiter dieser Art in jedem Ort, in jedem Viertel die schwere Menge gäbe; worin sie recht hat.

Ausstellungskunst des Gewerbes.

Wenn Kunst sich von Können herleitet, so folgt der gewerbliche Teil der Breslauer Ausstellung „Turnen, Sport und Wandern“ fast ausschließlich Künslern. Dies Urteil gründet sich etwa nicht nur auf hervorragende Einzelleistungen, sondern auf die Beherrschung der Ausstellungstechnik, denn sie ist eben wie die Erzielung einer Reklamewirkung den meisten aus „Werkstätten“ geläufig. Vielmehr besteht das Sonderverdienst der gewerblichen Aussteller in der Abrundung, der Gesamtschau zu einem geschlossenen Ganzen.

Da die gewerbliche Ausstellung hauptsächlich in der linken Seite des Gebäudes Platz gefunden hat, sei der Rundgang auf dieser Seite begonnen.

Der langgestreckte Saal 1 scheint zu einer Basiswerkstatt zu gehören. 4 Firmen geben hier einträchtig Zeugnis ihrer Kaufkunst. Rechts Firma Otto Müllig durch ein erstklassiges Ruderboot, die Oskentische Kalkboot- und Sportgerätee-Werkstätte durch ein Kalkboot, nicht mehr als 19 Kilogramm schwer, einen Teil von dessen zusammenlegbarem Gestell, und ein Segel. Firma H. Maerker durch zwei Kalkboote (das Leinwajer und „Chafalla“), sämtliches Zubehör, und einen Lukenbordmotor, der sich an jedem nicht sich ausklingenden Boot andrängen läßt. Und wie billig das alles ist. Das Kalkboot (des zweiten Firma) kostet wenig über 200 Mark und darin sind noch 25 Prozent — Vorkaufsteuer (1) enthalten.

Die ganze linke Seite dieses Saales nehmen 4 Ruderboote der Firma August Stämpfl ein, darunter zwei Einer von fast überklassischer Größe.

Im zweiten Saale links zeigt die in größerem Umfange noch außerhalb des Gebäudes ausstellende Firma Max Schönfelder — zugleich in Vertretung auswärtiger Firmen — den abwechslungsreichen Provanzen des Sports- und Wandernwagens in künstlerischer Rahmen. Nebenher bemerkt die Firma K. A. F. A. und

Döring das „Beständige“ des Sports, u. a. durch Kundlaufstühle, Tisch- und Tennistische. Ein Tennistisch auch schließt als zweckmäßige Grenze und zugleich als Ausstellungsobjekt den von der Firma H. Kuschbari ausgeleiteten Raum ab. Er beherbergt eine Gesamtausstellung für sich. Um das Gerät jedes Sportzweiges ist sein Zubehör gruppiert. Das ergibt aber kein zusammenhängendes Nebeneinander, die Anordnung läßt vielmehr ein in sich geschlossenes Gesamtbild entstehen — umrahmt von den größten Sportgeräten: Segelboot, hängende Berggeräte, Ratten, Sprunggänger, Red, Bier, Kanu; Winter- und Sommerportgeräte. Dieser Extrakt der Ausstellung umfaßt aber auch mehrere der sonst nicht vertretenen Sportarten: Tennis, Hockey, Bogenschießen u. a. Wo aus Raummangel das Sportgerät wegbleiben mußte, ist wenigstens die Ausrüstung ausgestellt, so beim Motorradspport. Dessen Gerät dürfte um so eher fehlen, als gegenüber die Firma W. Radbakh drei Motorräder verschiedener Typen vorführt. Das Zweckmäßigkeit der Sportkleidung doch voll den Schönheitsstun betriebligen kann, verankert hat die Firma K. Pfeiffer (Kole 3). Auch hier ist Sportausrüstung und Kleidung gefällig um das Gerät angeordnet.

Wichtige Spezialgebiete umschließt die gegenüberliegende Koje (4). Von autliegendem, der Eigenart der körperlichen Betätigung angemessenem Schuhwerk, hängt viel ab. Sportfelle aller Art stellt Firma Seiffert aus und daneben Sportwagens Gärner und Bergel als Vertreter für Firma Sahner (Neustadt OS.). Gleichzeitg vertritt es die Dresdener Sportartikelfabrik „Hochburg“, deren Erzeugnisse — Räder aller Art und ähnliches — ja ebenfalls ein wesentliches Rüstzeug für Turnen und Sport bilden.

Was unsere hochentwickelte Sportindustrie, besonders bei Stahl- und Eisenwaren, zu bieten vermag, lehrt die vornehme Schau der Firma Julius Sende.

Der Wintersport-Ausrüstung sind vornehmlich die folgenden Kojen gewidmet. Die Grasschäfer Sportartikel-Fabrik, Parndorf, hat auf ihre Vielseitigkeit auf ihre Erzeugnisse (Schneeschuhe Marke „Langbär“).

Außer Radel und verschiedenen Typen von Skiern der Firma Mäse-Weigelsdorf, enthält Koje 3 Kalkboot und Bobstühle des Spezialsportgeschäftes Weimann. Trotzdem reicht für dessen außerordentlich umfangreiche Hauptausstellung der Platz der Koje 3 kaum aus.

In geschmackvoller Ausstattung bieten Gebr. Brauer eine Uebersicht über die wichtigsten Geräte für Winter- und Wundersport, alle in mehreren Exemplaren vertreten.

Voll zur Geltung kommt im anstoßenden Kuppelraum der „Mark“-Einköder. Ferner stellt das Stahlwerk Mark die Bestandteile einer Radio-Anlage, außerdem Aluminiumgeräte (Nische rechts) aus und in der Nische links wird der Bau von Motoren gelehrt.

Gegenüber hat die Firma H. Obst eine Nische mit einschlägigen Kunstschlossermwaren ausgedehnt. Außer Sportgeräten wie Kegeln und Kugeln, Turntulen, Wanderstöcken finden sich für Klubhäuser und Heime bestimmte Ausstattungsgüter.

Vom Breslauer Schwurgericht.

Wie von uns bereits mitgeteilt wurde, nimmt am Montag die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode unter Vorsitz des Landrichtersdirektors Fabach ihren Anfang. Als Geschworene wurden ausgewählt: Ingenieur Dr. Albert Sulland, Breslau, Gutspächler Alexander v. Johnson, Bielefeld, Landwirt Karl Graf v. Renjertling, Koblenz, Kaufmann Otto Peter, Breslau, Mittergutsbesitzer Wilhelm n. Stegmann, Jachshau und Ingenieur Josef Breslau. Nur drei Termine sind zur Verhandlung angesetzt. Es soll verhandelt werden: am 26. Juli gegen die Arbeiter Georg Wiltner und Wilhelm Jarze, beide in Untersuchungshaft, wegen wissenschaftlichen Meineides; am 28. Juli gegen den Arbeiter Kufke und Hedwig Bulle wegen wissenschaftlichen Meineides und Anstiftung dazu; am 30. Juli gegen die Arbeiterfrau Anna Schiers wegen wissenschaftlichen Meineides.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 5, Gräbchen. Da unser Spielnachmittag wegen Regen ausfallen mußte, treffen wir uns Freitag um 4 1/2 Uhr Gräbchen, Ecke Brandenburger Straße, und gehen gemeinsam auf die Lindenwiese.

Weitere Entlassungen.

Wie das Schlesische Landesarbeitsamt berichtet, wurde bei den Unter-Hoffmann-Werken eine weitere Arbeitslosigkeit festgestellt und eine Anzahl Arbeitskräfte zur Entlassung gebracht. Ebenso hat die Firma Arhimedes einen weiteren Teil ihrer Belegschaft entlassen.

Gegen den Lärm der Motore an Kraftfahrzeugen.

Über immer untraglicher werdende Belästigung durch Geräusche im Verkehr mit Kraftfahrzeugen wird seit längerer Zeit lebhaft Klage geführt, namentlich über das laute Knattern der Kraftfahrzeuge. Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe und der Minister des Innern geben deshalb in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten ein Schreiben des Reichsverkehrsministers weiter, worin sie, dem Amtlichen Preussischen Pressebureau zufolge, ersuchen, auf die gewissenhafte Beachtung der für Kraftfahrzeuge gegebenen Vorschriften mit Nachdruck hinzuwirken und gegen Verletzungen einzuschreiten. In dem Schreiben des Reichsverkehrsministers wird auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, wonach die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede vermeidbare Belästigung von Personen und Gefährdung von Fahrwerken durch Geräusche usw. ausgeschlossen ist. Die Ausführung der Verbrennungsgase bei Explosionsmaschinen hat unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel zu geschehen. Der Führer ist insbesondere dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, daß eine nach der Beschaffenheit des Kraftfahrzeuges vermeidbare Entwicklung von Geräusch in keinem Falle eintritt; das Öffnen von Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortschaften ist verboten. Die Reinhaltung der Straßen von den Auspuffgasen der Autos ist zudem eine dringende Notwendigkeit der allgemeinen Volkshygiene.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur		Wind	Nieder-schlag	Wetter.
	heute früh	Maxim. Min. seit 24 Stunden			
24. 7. 24.	15	18	WNW 3	17	heiter
Arieten	5	13	NW 6	12	wolfig
Schneefange	16	—	WSW 4	—	wolfig.
Gähnberg	13	24	SW 2	7	bedeckt

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Arieten bei Redaktionschluss.) Die bis nach Polen verlagerten Störungen brachten Schließen gestern nachmittag vielfach in Gemitterbelebung erhebliche Niederschläge. Die Abführung blieb zunächst noch gering. Anhöher Unfertigkeiten, welche von Westen her, werden uns überbrückend nach Bewölkung und geringe Niederschläge bringen.

Freiwilligkeitsdienstliche Jugendbrotzeit Breslau.
 Freitag, den 23. Juli, Kartellabteilung, 4 Uhr, Zimmer 9.
 Tagesordnung: 1. Propagandafahrt, 2. August-Praktikum, 3. Ver-
 schiedenes.
 Donnerstag, den 21. Juli, Jean-Jaurès-Fest.
 Treffpunkt abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, 8 Uhr Abmarsch
 nach dem Natur-Theater. Alle Vereine sind eingeladen.
 Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, wichtige Ver-
 sprechung, Gewerkschaftshaus, Restaurant, Vorstand, Jugend-
 leiter und Heimleiter. Erwünschten dringendst erwünscht.
 Wir machen unsere Mitglieder schon heute darauf aufmerk-
 sam, daß wir uns an der am 2. August stattfindenden Ge-
 dendfeier aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegs-
 beginns nicht beteiligen, da wir dort keine Gelegenheit
 haben, als freie Gewerkschafter unter proletarischen Ein-
 stellung unserer zu verhalten.
 Deutscher Metallarbeiter-Verein: Mittwoch, den 20. Juli,
 abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung, wic-
 tige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Zimmer an der Tafel
 erhältlich.
 Lithographen und Steinbinder: Sonntag, den 27. Juli, Aus-
 flug nach Sandberg. Treffpunkt früh 10 1/2 Uhr Kewer Keller.
 Zentralverband der Angestellten: Sonntag, den 27. Juli, früh
 9 Uhr, Sprechstunde, nachmittags 3 Uhr Abmarsch vom Zün-
 genheim zum Friedhof. Montag, den 28. Juli,
 1/2 Uhr Vortrag im Hüttenheim vom Kollegen Kremer
 über „Zweck und Ziele der freien Gewerkschaft“.

Verbrecherfahndung durch Hundstunt.
 Die hiesige Kriminalpolizei hat sich mit der Schlesischen
 Hundstunde in Verbindung gesetzt, um wichtige krimi-
 nelle Vorkommnisse, deren schnelle Aufklärung im
 Interesse der Öffentlichkeit erforderlich erscheint, durch Hund-
 stunt allen Hundstuntbesitzern bekanntzugeben.

Butterpreise.
 Der Breslauer Kleinhandelspreis für erste feinste Mol-
 keributter beträgt in Anlehnung an die Festsetzung der
 Breslauer Butterabgabekommision vom 21. Juli ab hoch-
 stens 2,10 Goldmark; der Kleinhandelspreis für Land-
 butter beläuft sich demnach auf 1,66 bis 1,75 Goldmark für ein
 Pfund.

Kühnang, Samariter des 2. Bezirks! Freitag, den
 25. Juli, 8 Uhr, Bezirksversammlung bei Carici, Schumann 4, 10.
Schlesisches Landesorchester. Das Programm des heutigen
 Sinfonie-Konzerts enthält unter anderem: Sinfonie in H-moll
 (unvollendet) von Schubert, Hamlet-Ouverture von Gode,
 Symphonie von Grieg, Überblies von Schumann, Rhapsodie von
 Liszt, Klavierstücke von Chopin, Klavierstücke von Schumann,
 Herr W. Münder.
Ordnung und sonstige Freunde der Breslauer Volkshilfe.
 Am an der Propaganda für die neue Spielzeit und an der
 Ausschaltung eines gesamten Volkshilfs-Komitees mit-
 arbeiten wollen, werden gebeten, sich am Freitag und Samstag
 (25. und 26. Juli) von 10-2 oder 3-7 Uhr in der Volkshilfe,
 Herrmannstr. 22, zu melden.
Schulbücher verkaufen! Wie uns der Magistrat wieder-
 holt mitteilt, ist das Abladen von Schutt auf dem Ober-
 vorplatz von der Morgenauer Straße bis zur Sechziger Straße
 untersagt. Auf dem Gelände sind drei Verbotszeichen auf-
 gestellt worden. Jeder, der dort Schutt ablädt, legt sich einer
 Bestrafung aus, zumal das Gelände zum Hochschwebe-
 mangelgebiet gehört.
In der Kreuzhaken Klassenlotterie wurden am letzten
 Abziehungstag die Endnummern 75 und 89 gezogen. Es fielen
 75 000 Mark auf die Nummer 75 975. (Mitteilungsblatt von der
 Klassenlotterien-Gesellschaft, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000).

Gewerkschaftsbewegung.
Der Kampf des ADGB um den Achtstundentag.
 Der Bundesausschuß des ADGB beschäftigte sich in
 seiner letzten Sitzung am 22. Juli mit den gegenwärtigen
 Kämpfen um den Achtstundentag und mit der Frage der
 Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.
 Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Entlassungen
 der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie
 ihrem Parlament jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Ab-
 kommens empfohlen wollen, forderte der Bundesausschuß die dem
 Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aus-
 drücklich entsprechende Antrag im Reichstag die Regierung
 zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der
 Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen. Dessen Annahme und
 Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in
 angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.
 Der Bundesausschuß nahm gleichzeitig den Bericht der zur
 Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Acht-
 stundentag eingesetzten Kommission entgegen und verwarf ihre
 Vorschläge zunächst an die Vorstände der einzelnen Verbände zur
 beschleunigten Stellungnahme. Die Verbände sollen insbesondere
 über die Anwendung der Geldmittel, die zur Propaganda für
 die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse
 fassen. Der Bundesausschuß sprach sich dahin aus, daß der
 Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propa-
 gandafonds 30 Pfg. betragen muß. Jeder Verband soll die hier-
 nach bei ihm einlaufenden Summen zum 1. November d. J. ab-
 verfügbar halten.
 Die Vorstände der Verbände sollen über ihre Entscheidung
 rechtzeitig an den Bundesausschuß berichten, damit einer späteren
 Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorgelegt werden
 kann. Der Bundesausschuß erwartet zugleich, daß die Verbände
 das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Rati-
 fizierung des Washingtoner Abkommens verfolgen und die an-
 geforderte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien er-
 folgt oder doch so weit voranzueilen ist, daß auf ihre tatsächliche
 Durchführung gerechnet werden kann.

Ein wertvolles Eingeständnis.
 (Kürzere Arbeitszeit - höhere Arbeitsleistung.)
 Wie die Unternehmer, wenn sie gezwungen werden bei
 verkürzter Arbeitszeit produzieren, sich selbst das Verdienst für
 die gesteigerte Arbeitsleistung zuschreiben, dafür ist die Meinung

eines der führenden englischen Zechenbesitzer, die mir dem „Labour
 Prof Service“ entnehmen, beweisend. Danach jagte Herr Evan
 Williams:

„Unter ungünstigen Schwierigkeiten, die nach verschärft
 wurden durch die inneren und äußeren Bedingungen des
 Handels, durch die fortgesetzten Anforderungen auf höhere Löhne
 ohne entsprechende Produktion seitens der Bergarbeiter und durch
 die fortgesetzte politische Einmischung, ist es den Zechenbesitzern
 gelungen, die ausländischen Märkte wieder zu gewinnen, die
 teilweise verloren waren oder aufgegeben wurden. Es ist
 ihnen gelungen, durch verbesserte Methoden und große Kapital-
 anlagen bei einer Steigerung der Produktion das Förderungsergebnis
 wesentlich über die höchste Förderung vor dem Kriege zu
 steigern, als die Abbaubedingungen bestanden.“

In dieser Behauptung liegt ein offenkundiger Wider-
 spruch. Ohne eine gesteigerte Arbeitsleistung durch die Berg-
 arbeiter kann selbstverständlich das Ergebnis der Kohlen-
 förderrunde nicht gänzlich gesteigert werden. Aber das Ein-
 geständnis, das in dieser Behauptung liegt, vermag trotz der
 Siebenjundenfrist das Förderungsergebnis über das vor dem
 Kriege gesteigert wurde und daß trotz der Lohnherabsetzungen die
 Abbaugruben widerherbeigewonnen werden konnten, ist wertvoll genug,
 um es zu unterstreichen. Wir wollen es ganz besonders deshalb
 hervorheben, weil die Abbaubedingungen in den englischen
 Kohlenruben im Durchschnitt durchaus nicht günstiger liegen als
 in den deutschen Bergwerken. Wenn es also in England gelungen
 ist, bei erhöhten Löhnen und verkürzter Arbeitszeit günstigere
 Ergebnisse als vor dem Kriege zu erzielen, so dürfte das auch in
 Deutschland nicht unmöglich sein.

Kapitalistische Unfähigkeit.

Die Krise, die Zehntausende von Arbeitern zum Ver-
 urteil, in besondrer Weise in England, hat den Kapitalisten
 an den äußeren Verhältnissen, um einzufallen und
 den Arbeitern einen entsprechenden Kredit geben zu können.
 Diese Kreditkräfte in eine Maßnahme der Inflation. Die So-
 zialdemokraten waren es und die Gewerkschaften, denen die Un-
 ternehmer hochmütig das Recht bei der Wirtschaftssicherung zu-
 zuschreiben, ablehnen. Die Zeit Jahren vorwärts waren die In-
 flation angekündigt. Die Unternehmer waren es, die sich
 gegen die Verteuerung der Inflation mit Händen und Füßen ge-
 wehrt haben. Die gegenwärtige Krise ist aber verursacht worden
 durch den Mangel an Voraussicht der deutschen Unternehmer und
 durch ihre Borniertheit gegenüber den Vorschlägen, die gemacht
 wurden.

Über die gegenwärtige Krise ist nicht allein eine Kreditkrise,
 sondern in Hand mit ihr geht die sogenannte Geldmangelkrise. Die
 Inflation und die von ihr begünstigte Kartellierung der In-
 dustrie des Handels und der Banken haben es mit sich gebracht,
 daß eine große Anzahl von Betrieben, die technisch durchaus rich-
 tig sind, sich über Wasser halten konnten und während der
 Inflation noch glänzende Geschäfte machten. Diese Betriebe
 müssen jetzt abgeklippt werden. Dieser waren es gerade die
 rückständigsten Betriebe, die isolierten den Preis der Waren er-
 hielt haben. Wenn die Industrie aber konkurrenzfähig sein soll,
 dann sind es immer die konkurrenzfähigen Betriebe, die den Preis
 der Waren bestimmen. Die Rückständigkeit in der Betriebs-
 führung hat es zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Industrie trotz
 der niedrigen Löhne, auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenz-
 fähig war. Auch hier ist es wieder die Unfähigkeit der Unter-
 nehmer, die Schuld an der Krise ist.

Technisch liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Man
 schreit nach Schulden, man hat aber alle Vorschläge, die schon
 vor Jahren inschuldener von anderen Gewerkschaften gemacht wurden,
 um die Landwirtschaft konkurrenzfähig zu machen, abgelehnt.
 Bei der Bodenfruchtbarkeit in Deutschland hängt die Konkurrenz-
 fähigkeit der Landwirtschaft wesentlich von der Beschaffung
 billiger Düngemittel ab. Während nun die deutsche Landwirt-
 schaft aus Mangel an billigen Kunstdüngemitteln ins In-
 teresse geraten ist, wird die deutsche Roh-Industrie stillgelegt.
 In der deutschen Roh-Industrie waren am 1. Juni 1924 nur
 noch 26 1/2 Arbeiter beschäftigt gegen 62 1/2 im Jahre 1923.
 Selbst diese um 56 Prozent verminderte Belegschaft arbeitet noch
 mit Fieberhänden. Alle Forderungen der Vertreter der Berg-
 arbeiter, die Roh-Industrie auf Bedarfdeckung einzustellen, sind
 jedoch immer von den Bergwerksbesitzern abgelehnt worden. Man
 hat Raubbau getrieben und hat die technische Verbesserung der
 Bergwerke vollständig vernachlässigt. Den billigsten Werken
 droht heute die Gefahr des Erlöschens. Damit würden ungeheure
 Werte des Volkvermögens verloren gehen. Auch hier sehen wir
 die Unfähigkeit der Kapitalisten, eine vernünftige Wirtschaft zu
 führen.

Diese Unfähigkeit paart sich mit einem Unverstand, der sich für
 unerschütterlich hält. Man spricht den Arbeitern nicht nur das Recht,
 sondern auch die Fähigkeit ab, in der Wirtschaft mitzubestimmen.
 Die Folgen der Unfähigkeit der Kapitalisten läßt man allerdings
 die Arbeiter allein tragen. Wenn die Unternehmer gegen
 den Achtstundentag ansetzen, dann geschieht dies vornehmlich
 deshalb, weil sie sich nicht fähig fühlen, die technischen Einrich-
 tungen ihrer Betriebe fortzuführen so auf der Höhe zu halten, um
 auch bei einer verkürzten Arbeitszeit konkurrenzfähig zu bleiben.
 Der deutsche Arbeiter soll also für die Unfähigkeit der Unter-
 nehmer immer büßen.

Alle praktischen Vorschläge, die von der Arbeiterchaft ge-
 macht werden, weist man zurück. Nichtsdestoweniger nehmen die
 Unternehmer für sich in Anspruch, den Arbeitern eine verlängerte
 Arbeitszeit, niedrigere Arbeitslöhne und schlechtere sozialpolitische
 Einrichtungen zuzumuten als die Arbeiter in anderen Ländern
 können.
 Gegenüber dieser arroganten Unfähigkeit der Unternehmer
 muß die entschlossene Laibhaft der Arbeiterchaft ins Werk gesetzt
 werden. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, ihre Be-
 triebe zu modernisieren, sie auf kurze Arbeitszeit und hohe Löhne
 einzustellen. Sie müssen schon deswegen gezwungen werden, weil
 es es freiwillig nicht tun. Das liegt nicht allein im Interesse der
 Arbeiterchaft, es liegt ebenfalls im Gesamtinteresse der deutschen

Die Aussichten des technischen Berufes.
 Die Kienarbeitslosigkeit, die wir zurzeit in Deutschland
 haben, äußert sich in allen Berufen. Katastrophal liegen aber die
 Verhältnisse im technischen Berufe. Die Nachkriegszeit hat den
 technischen Berufen eine Fülle von Kräften wie nie zuvor zu-
 geführt. Allein an den Technischen Hochschulen haben sich in den
 einzelnen Semestern der Jahre 1922-24 ca. 33 000 Studierende
 und Hörer eingetragen lassen. Das bedeutet gegenüber der Friedens-
 zeit, 3. B. Wintersemester 1912-14, wo nur im ganzen rund
 17 000 Teilnehmer eingetragen waren, annähernd eine Zunahme

auf das Doppelte. In den Maschinenbauern, Maschinen-
 Ingenieurwesen und Elektrotechnik, ist sogar ein Zuwachs von
 ca. 4300 auf 14 000 zu verzeichnen, im Vergleich von 106 auf
 1736 (1) in der Chemie von ca. 2000 auf 4500. Selbst Arbeit-
 geberverbände, wie der Arbeitgeberverband für die chemische In-
 dustrie und der Deutsche Braunkohlenindustrieverein warnen ein-
 dringlich vor der Erhaltung der technisch-wissenschaftlichen Be-
 rufe. Die Arbeitgeber haben somit ein großes Interesse daran,
 daß immer genügend Kräfte zur Verfügung stehen. Heute ist es
 aber so, daß auch die Arbeitgeberverbände sich vor dem Angebot
 an technischen Kräften nicht mehr retten können. In der Tat
 besteht nicht die geringste Aussicht, das Heer von jungen Tech-
 nikern und Chemikern unterzubringen. Auch das Ausland wird
 sie nicht aufnehmen, da es bekanntermaßen nur erfahrenen
 Kräfte sucht.

Ebenso überfließt der Jüdrang zum mittleren technischen Be-
 ruf jedes normale Maß.
 Ungezählte Tausende von Technikern sind schon heute stellen-
 los. Die Industrie hat tauende Kräfte infolge der schlechten
 Konjunktur abgeworfen, die Behörden haben beim Personalabbau
 ebenfalls Techniker, und zwar 25 Prozent des Personalbestandes
 entlassen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat
 nach der „Technischen Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Mai 1924 eine
 Umfrage gehalten, wieviel technische Angestellte und Beamte sich
 am Orte befinden, wieviel davon stellenlos sind, wieviel in
 verkürzter Arbeitszeit arbeiten, wieviel die Stellen genügend
 und wieviel der technischen Angestellten und Beamten von
 der in Deutschland herrschenden wirtschaftlichen Not zur Aus-
 wanderung gezwungen worden sind. Die Statistik umfaßt ein
 Drittel der Ortsverwaltungen des Bundes an 27 Orten, in denen
 39 027 Mitglieder des Bundes, im ganzen aber 53 825 technische
 Angestellte und Beamte sich befinden. Von den 39 027 Mit-
 gliedern waren 1671 Ende März stellenlos, während 1550 mit
 verkürzter Arbeitszeit arbeiteten. 2104 von den 39 027 Mit-
 gliedern befanden sich in geändelter Stellung. Von der Gesamt-
 zahl aller technischen Angestellten und Beamten aus diesen
 27 Orten sind im Verlauf des letzten Jahres 533 technische An-
 gestellte und Beamte ausgewandert. Wollte man diese Zahlen
 mit der ganzen Deutschen Reichsbevölkerung vergleichen, so müßten sie etwa
 mehr als verdoppelt werden. Diese Zahlen bezeugen deutlich die
 erschreckende wirtschaftliche Not, wie sie besonders stark bei den
 technischen Angestellten und Beamten, den Vorbereitern wirt-
 schaftlichen Fortschritts, den Trägern der technischen Entwicklung
 herrscht.

Jeder junge Mann verläßt auf keinen Fall, sich vor der
 Ergrüpfung des technischen Berufes von den amtlichen Berufs-
 beratungsstellen oder von den technischen Berufsberatungsstellen
 Anfertigung geben zu lassen. Auch der Bund der technischen An-
 gestellten und Beamten, der in einer besonderen Abteilung die
 Fragen des technischen Schulwesens und der Berufsberatung be-
 arbeitet, ist zu Auskünften gern bereit.

Der neue Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter.
 In Kraft getreten. Dieser besteht zum größten Teil aus einer
 Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeiterverband deutscher
 Gemeinde- und Kommunalverwaltungen, dem Verband der Ge-
 meinde- und Staatsarbeiter und dem Zentralverband der deut-
 schen Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen
 Einde Bestimmungen wie: 1. Die Arbeitszeitregelung beruht
 auf dem Schiedsgericht einer Schlichtungskammer des Reichs-
 arbeiterministeriums vom 1. Juli, der unter dem 21. Juli vom
 Reichsarbeiterminister für verbindlich erklärt worden ist. Der
 Reichsmanteltarifvertrag gilt für etwa 1200 Kommun-
 verwaltungen und über 170 000 Gemeindearbeiter.

Die Entwicklung der Tarifverträge.
 Aus einer Anzahl von Ländern liegen statistische Veröffent-
 lichungen über die abgeschlossenen Tarifverträge über die durch
 diese errieten Industriezweige, Betriebe und Arbeiter vor. So
 aus Schweden, Norwegen, Dänemark, der Tschechoslowakei, Frank-
 reich usw. Als gemeinsamer Zug ist die Abnahme der Tarif-
 verträge in den Jahren 1921-22 gegenüber den vorhergehenden
 Nachkriegsjahren zu verzeichnen.
 Infolge der Wirtschaftskrise wurden viele abgeschlossene
 Tarifverträge nicht erneuert. Die Produktionsbeschränkungen
 und die Arbeitslosigkeit hat die Zahl der von den Tarifverträgen
 errieten Arbeiter vermindert, während durch die Konzentration
 der Betriebe die Zahl der Tarifverträge wesentlich ver-
 mindert wurde. Dieser Zug ist besonders bei Holland beachtend,
 wo die Zahl der Tarifverträge wesentlich zurückging, ohne eine
 entsprechende Abnahme der Zahl der durch diese errieten Per-
 sonen. In Schweden ist die Zahl der Tarifverträge von 226
 im Jahre 1920 und 1772 Ende 1922 in Norwegen von 1029 auf
 593 Ende 1921, in der Tschechoslowakei von 1071 1919 auf 422 im
 Jahre 1921 zurückgegangen. In Frankreich war die Zahl der
 Tarifverträge sehr gering, sie betrug 1922 196 und ertried sich zu-
 meist auf kleinere Betriebe. Von den 610 Tarifverträgen in
 Polen im Jahre 1921 entfielen 197 auf die Landwirtschaft. In
 Rußland ist die Zahl der Tarifverträge besonders infolge der
 Konzentration des Transportwesens - 2 Millionen Eisenbahner
 und Transportarbeiter werden dort von 6 Tarifverträgen erriet
 - nicht sehr groß. Sie betrug im März 1923 70 allgemein
 außerdem gab es aber noch 6723 lokale Tarifverträge.

Parteienossen und Genossen!
 Gebt Eure Anzeigen in
 der „Volkswacht“ auf!

Das Buch!
 Meinen Seele aus des Tages Einzel hinausstellen
 will, der findet seinen treuesten Freund im Buch

Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Henko
 Henkel Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
 Mitverwendung von Henko bei der
 Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel